Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1949

25 (24.6.1949)

Visual Library

BADISCHES
VOLKSECHO
WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 5 / Nr. 25 — Mannheim, 24. Juni 1949 — Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

Prof. Erhards Propaganda für Mieterhöhung
Das Porträt demokratischer Gralshüter
CDU-Doppelspiel um die Schulreform
Unheilverkündende Erscheinung
Sorgen der unzerstörten Stadt Heidelberg
Fragen größten öffentlichen Interesses
Polizei in der Entscheidung zwischen Demokratie und Reaktion
Journalistische Falschmünzerei
Eine nicht mehr zu übersehende Realität
England sichert sich sein Panama
Angriff auf die Pressefreiheit
Frauenrevolte in Amerika
Die Macht des Aberglaubens
Das launenhafte Riesenfernrohr
Der sensationelle Aufstieg eines Profi

Ist durch Paris der Weg zum Frieden offen?

„Mehr denn je hängt unsere Zukunft davon ab, ob das deutsche Volk als handelnder Faktor in Erscheinung tritt!"

Erklärung des Parteivorstandes der KPD zum Ergebnis der Außenministerkonferenz

Der Parteivorstand der KPD bedauert, daß die Außenministerkonferenz in Paris nicht zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands geführt hat, und daß die Vorschläge Wyschinskis für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen von den westlichen Außenministern abgelehnt wurde.

Die Einigkeit der Außenminister über die Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen West- und Ostzonen und die Tatsache, daß weitere Verhandlungen der Außenminister in nächster Zukunft stattfinden sollen wird vom ganzen deutschen Volk als ein Schritt der Verständigung begrüßt werden. Dies ist ein harter Schlag gegen die gewissenlosen Kriegshetzer in den Westzonen und den Westsektoren Berlins, die alle nur denkbaren provokatorischen Mittel anwendeten, um die Verhandlungen zu torpedieren.

Mehr denn je hängt unsere Zukunft davon ab, ob das deutsche Volk als handelnder Faktor in Erscheinung tritt, wenn es sich in einer Bewegung zur Wiedererlangung seiner nationalen Unabhängigkeit für einen Friedensvertrag und für den Abzug der Besatzungstruppen zusammenfindet, wird niemand in der Welt ihm die Erfüllung seiner gerechten Forderung länger streitig machen können.

Die Pariser Konferenz der Außenminister der vier Großmächte ist nach vier Wochen wechselnder Erwartungen und Prognosen abgeschlossen worden. Sie hat nicht mit dem Resultat geendet, das die Sehnsucht aller aufrechten Deutschen und Friedensfreunde in der Welt ist. Noch ist ein Friedensvertrag für Deutschland nicht in greifbare Nähe gerückt; noch ist der Zeitpunkt nicht abzusehen, an dem die Besatzungsmächte ihre Truppen aus Deutschland herausziehen werden. Weiter ist die daraus resultierende Last durch das deutsche Volk zu tragen, noch kann die Welt das sichere Gefühl des Friedens erhalten.

Die Pariser Konferenz hat einen Modus vivendi für Deutschland und über die territorialen und wirtschaftlichen Fragen und die sowjetischen Wiedergutmachungsforderungen an Oesterreich eine Uebereinkunft gebracht. Die Konferenz war also nicht ganz ohne Ergebnis. In ihrem Schlußkommuniqué, das die einzelnen Punkte über die Vereinbarung über Deutschland und Oesterreich anführt, stellt die Pariser Konferenz aus Anlaß der Herbsttagung der Vereinigten Nationen in New York eine neue Sitzung des Außenministerrates über Deutschland in Aussicht. Für Berlin sind Besprechungen auf Viermächtebasis festgelegt und deren Inhalt umrissen. Es steht a) Erweiterung des Handels und Entwicklung der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Westzonen und der Ostzone und zwischen Berlin und den Zonen. b) Erleichterung des Verkehrs von Güter und Personen und Austausch von Informationen zwischen den Westzonen und der Ostzone und zwischen den Zonen und Berlin. c) Besprechung von Fragen von gemeinsamem Interesse bezüglich der Verwaltung der vier Zonen Berlins im Hinblick auf eine Normalisierung des Lebens in dieser Stadt, so weit dies möglich ist.

Es soll dabei dem Zweck gedient werden, die Auswirkungen der gegenwärtigen verwaltungsmäßigen Teilung Deutschlands und Berlins abzuschwächen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe können durch die einzelnen Besatzungsbehörden deutsche Sachverständige und geeignete deutsche Körperschaften herangezogen werden. Das in New York abgeschlossene Abkommen vom 4. Mai 1949 soll weiter Gültigkeit behalten. Es dient in erster Linie der Normalisierung des Verkehrs von Personen und Gütern zwischen den Westzonen und der Ostzone und Berlin. Zum Schluß empfehlen die Besatzungsbehörden den führenden deutschen Körperschaften der Ostzone und der drei Westzonen die Herstellung engerer Bindungen, um eine wirksamere Durchführung des bestehenden Handels und anderer wirtschaftlicher Beziehungen zu ermöglichen.

„Etwas erreicht"

Der sowjetische Außenminister Wyschinski faßte sein Urteil über die Pariser Konferenz einem UP-Vertreter gegenüber in den Worten zusammen: „Wenigstens ist etwas erreicht worden, nicht so viel, wie wir gehofft haben, aber immerhin etwas."

„Sowjetunion hat Westzonen nicht anerkannt"

Schuman, der französische Außenminister erklärte zu dem Ergebnis der Pariser Konferenz: „Wir können nicht behaupten, daß die Sowjetunion formell die Westzone Deutschlands anerkannt hat. Das Abkommen schließt aber die Tatsache ein, daß die Sowjetunion sich den Reformen (!) in Westdeutschland nicht länger widersetzt und daß wir die politische Orientierung der Sowjetzone anerkennen."

Paris ist eine Messe wert

Von Willy Grimm

Die Pariser Konferenz der Außenminister ist beendet. Die Frage, die in der ganzen Welt gestellt wird, lautet: Ist ihr Ergebnis befriedigend? Wer danach urteilt, was sie an Teillösung der in Mitteleuropa stehenden praktischen Fragen gebracht hat, wird zu dem Urteil kommen, daß das Ergebnis dürftig ist. Es ist dabei aber zu bezweifeln, ob in dieser Betrachtungsweise der Maßstab gefunden ist, der an der Pariser Außenministerkonferenz angelegt werden darf.

Das Echo über Paris gibt überwiegend der Hoffnung Ausdruck, daß der Ausblick auf Abschluß des Friedens freundlicher und klarer geworden ist. Sicherlich wird mit Recht von einer Entspannung der internationalen Lage gesprochen.

Paris hat die Voraussetzung zur internationalen Verständigung umrissen und die erste Etappe des Weges dazu festgelegt. Um dahin zu kommen war eine Bestandsaufnahme nötig, über das, was wirklich ist. Unbeschadet des Auf und Ab im diplomatischen Spiel während des Verhandlungsverlaufes ergibt sich als Faszit der Pariser Konferenz, daß eine nüchterne Arbeit geleistet worden ist. Gewiß haben Meinung und Standpunkt des Ostens wie des Westens in Paris eine scharfe Profilierung erfahren. Wer etwas anderes erwartet hat, hat Paris mit Augen betrachtet, die blind sind für das, was in der Weltpolitik zählt. Das Positive in Paris lag eben darin, daß die realen Faktoren, über die die beiden Mächtegruppierungen in der Welt verfügen, in Größe und Bedeutung gemessen und gegeneinander abgewogen wurden. Daß man dies getan hat bedeutet viel. Es ist damit eine vierjährige Periode des Abtastens und Erkundens des wirklichen Kräfteverhältnisses, wie es sich als Resultat der durch den zweiten Weltkrieg in Fluß gekommenen Veränderungen ergab, abgeschlossen worden. Der Herstellung des Friedens — das wird nie anders sein — geht die Fixierung des beiderseitigen Kräfteverhältnisses der den Frieden gestaltenden Mächte voraus. Wenn das Ergebnis über Paris in dem Urteil zusammengefaßt werden darf, daß dies geschehen ist, dann war es eben nicht nur dürftig, sondern sehr weittragend. Paris hat den Ausgangspunkt für die Schaffung des Friedens gebracht.

Daß die konkrete Gestaltung des Friedens eine Unzahl von Fragen aufwirft, liegt auf der Hand. Daß die dabei stehenden Fragen in ihrem Gewicht verschieden sind, ist nur natürlich. Ob an der richtigen Ecke der Zipfel angepackt wird, ob die Frage als erstes in den Bereich praktischer Regelung gezogen wurde, die zum Kern aller Fragen führt, ist das Entscheidende. Eine Teillösung besitzt ihr Kriterium darin, ob sie Schlüssel wird zur Lösung der Gesamtfragen. Der Weg, der für die Lösung der österreichischen Frage und für das Weiterkommen in der deutschen in Paris abgesteckt wurde, verspricht dies.

Den Grundriß für ein zu bauendes Haus entworfen zu haben, heißt praktisch noch lange nicht, daß das Haus auch steht. Eine Grundrißlösung ist aber für das Weiterkommen erstes Erfordernis. Ein Grundriß, der die Richtung der künftigen Arbeit der bestimmenden Weltmächte fixiert, ist in Paris geschaffen worden. Die weitere Planung und der praktische Aufbau werden nicht ohne Mühen und Kämpfe vor sich gehen. Der Rahmen aber, in dem sich auch widerstreitende Kräfte bewegen müssen, ist gezogen.

Uns in Deutschland, im Osten wie im Westen interessiert am brennendsten, welche Möglichkeit uns eingeräumt ist, in dem geschaffenen Rahmen, gestaltend zu wirken. Ohne in großer Theorie zu schwelgen ist im Hinblick auf das Ergebnis der Pariser Konferenz zu sagen, daß der Anfang, der in der deutschen Frage gemacht wurde, im Wesentlichen durch uns selbst bisher schon hätte geschehen können. Jene, die „Tatsachen zum Wohle Deutschlands" schaffen wollten, hätten sie geschaffen, wenn ihrer Initiative das Maß der Verständigung zwischen den Deutschen im Osten und Westen, der Gestaltung lebensnotwendiger wirtschaftlicher Beziehungen entsprungen wäre, das uns nun die Pariser Außenministerkonferenz gewissermaßen als Medizin verordnet hat: Erweiterung des Handels und Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Westzonen und der Sowjetzone. Die aber in Deutschland versäumt haben, dies selbst zu tun, reden wie Dr. Schumacher davon, daß das Pariser Resultat sehr dürftig sei.

Demontage zur Erhöhung der Monopolprofite

Zerstörung der Fischer-Tropsch-Anlagen liegt im Interesse der Standard-Oil-Company und der Sunlight AG.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates hat sich mit einer scharfen Protesterklärung gegen die Demontagen im Ruhrgebiet gewandt.

In dem Aufruf des Präsidiums, der von den drei Vorsitzenden Pieck, Nuschke und Kastner unterschrieben ist, heißt es, die Fischer-Tropsch-Anlagen bedrohten wohl weniger die Sicherheit des Westens als die Höhe der Profite der Standard-Oil-Company und der Sunlight AG. Jetzt, so schließt der Aufruf des Präsidiums, werde auch der letzte Deutsche verstehen, warum in Westeuropa die Parole „Weg vom Potsdamer Abkommen" ausgegeben wurde. Das Präsidium des Deutschen Volksrates ruft das deutsche Volk auf, innerhalb der nationalen Front mit denen zu kämpfen, die ein einiges Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und die freie Verfügung über alle deutschen Rohstoffquellen und Industriekapazitäten fordern.

Voruntersuchung gegen Demontageverweigerer

9 von den 10 Dortmunder Demontageverweigerern sind vom Staatsanwalt des britischen Militärgerichtes in Dortmund vernommen worden. Die Demontageverweigerer erklärten übereinstimmend, auf die entsprechende Frage, daß sie den Befehl der Militärregierung nicht als gültig angesehen hätten. Sie seien nach ihrer Weigerung zum Unternehmer gegangen, um sich ihre Papiere wieder geben zu lassen. Nach dem Art. 12 des Bonner Grundgesetzes bestehe die Freizügigkeit über die Wahl des Arbeitsplatzes, wovon sie Gebrauch gemacht hätten.

Erste Erfolge der Textilarbeiter

Die Lohnbewegung in der westfälischen Textilindustrie hat den Arbeitern, die im Streik ihre Kampfentschlossenheit bewiesen haben, bereits Erfolge gebracht. Die Unternehmer mußten in Verhandlungen einwilligen und erklärten sich bereit über das bisherige Zugeständnis einer 8%igen Lohnerhöhung hinauszugehen. Verschiedene Unternehmer sind willens, der Forderung der Textilarbeiter auf eine 25%ige Lohnerhöhung zu entsprechen.

In Nordhorn kam es für die dortigen Betriebe zu einer Vereinbarung, wonach die Unternehmer einen Vorschuß auf die zu erwartende Lohnerhöhung zahlen.

Polizei gegen Rentner und Kriegsversehrte

Demonstration in Düsseldorf — „Herunter mit den Ministergehältern" — Erhöhung der Renten gefordert

Düsseldorf. (Eig. Bericht) Zu erbitterten Zusammenstößen zwischen Kriegsbeschädigten und Polizei ist es am letzten Samstag in Düsseldorf anläßlich einer Kundgebung, zu der die Kriegs- und Arbeitsopfer, Sozialrentner und Hinterbliebenen aus Protest gegen die unzureichende Rentenversorgung in den Westzonen aufgerufen hatten, gekommen. Die Protestaktion in Düsseldorf war die größte und machtvollste, die von den Kriegsbeschädigten nach 1945 durchgeführt worden ist. Trotz stärkster Abwehrmaßnahmen der Polizei zogen mehrere tausend Teilnehmer durch die Straßen. Der Verkehr in der Innenstadt lag zeitweise still.

Die Formierung zu einem Demonstrationszug erfolgte unmittelbar nach der Protestversammlung, auf der Bundessekretär Helmut Bazille (Stuttgart) vom Verband der Kriegs- und Zivilgeschädigten sprach. Die Demonstranten waren über den Versuch der Polizei, sie aufzuhalten, aufs Höchste erregt und empört. Es kam zu Zwischenfällen, zu regelrechten Kämpfen um die Behauptung der Straßen, bei denen es den Demonstranten gelang, die Postenketten zu durchbrechen. Die Verstärkung der Polizei und das doppelte Absperren steigerten nur die Erregung und konnten doch nicht verhindern, daß die Aermsten der Armen für die Erhöhung der Renten demonstrierten.

Gegenüber den Kriegs- und Arbeitsopfern, den Hinterbliebenen und Sozialrentnern ist noch viel zu tun, und wenn Bundessekretär Bazille in Düsseldorf erklärte: „Für uns ist die Zeit noch nicht gekommen, die Hände in den Schoß zu legen, der Kampf um eine gerechte und ausreichende Versorgung geht weiter", hat er recht und hat Millionen aus der Seele gesprochen.

Die Demonstration in Düsseldorf war gewaltig und eindrucksvoll. Die Sozialrentner, Kriegerwitwen, Kriegs- und Zivilbeschädigten bewiesen Disziplin und Entschlossenheit. An der Spitze der Demonstration wurde ein Transparent getragen: „Laßt unsere Kriegereltern nicht verhungern". Dahinter folgten Versehrte in Rollstühlen und tausende notleidende Menschen. Ein Plakat: „Herunter mit den Ministergehältern" wurde mitgeführt, und Sprechchöre riefen: „Wir fordern Erhöhung der Renten" — „Denkt an die Hinterbliebenen" — „Laßt uns nicht verhungern" und „Wir wollen keine Versprechungen mehr, sondern Taten".

Lokomotive sollte in Streikende fahren

Bei der Firma Heimbach in Düren, deren Belegschaft (Textilarbeiter) streiken, kam es zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Die Arbeiter hatten, um das Herausziehen von Eisenbahnwaggons aus dem bestreikten Betrieb zu verhindern, sich auf die Schienen gesetzt. Der Lokomotivführer lehnte daraufhin „wegen Nichtbefahrbarkeit der Strecke" die Fahrt ab. Assessor Schröder, Vertreter des Unternehmerverbandes, forderte dann das Lokomotivpersonal auf, doch einfach über die Leute hinwegzufahren. Der Zuruf kommt der Aufforderung zum Mord am Arbeiter gleich und hat die Belegschaften aller Dürener Betriebe zu Protestversammlungen veranlaßt.

Es ist merkwürdig, daß über diesen Vorfall, der eine glatte Mißachtung des Streikrechtes darstellt, die westliche Presse kein Wort verliert.

Mr. Hoffmann drohte nur

Mr. Hoffmann, der Verwalter des Marshall-Planes in Europa, hielt sich für unentbehrlich. Wütend darüber, daß es amerikanische Senatoren gibt, die, durch die schlechten Erfahrungen in China gewitzigt, nicht mehr viele Dollars für den Marshall-Plan zur Verfügung stellen wollen, drohte er mit seinem Rücktritt, für den Fall, daß am ERP Kürzungen vorgenommen werden.

Doch Mr. Hoffmann's drohungsstrotzende Erzählungen schreckten die mit den Dollars genau rechnenden Senatoren nicht ab. Mr. Kenneth McKellar, ein Demokrat aus Tennessee, antwortete ihm, wenn er

> „mit dem Programm nicht durchkomme, wäre es die einzige anständige Lösung, die Aufgabe jemand anderem zu übertragen, der glaubt, mit der Sache fertig zu werden."

Der Senator warf Mr. Hoffmann weiter vor, daß er in Europa

> „nichts anderes tue, als Geld von anderen Leuten auszugeben."

An Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassend, rief er ihm zu:

> „Je früher Sie zurücktreten, desto besser für die USA und für Europa."

Nach dieser unvorhergesehenen Wirkung seiner Rücktrittsdrohungen ist Mr. Hoffmann plötzlich ganz kleinlaut geworden. Er wollte ja schließlich seinen Posten nicht verlieren. Deshalb sagte er nur noch:

> „Nichts, was ich sagte, enthielt eine Drohung."

Im Streiflicht gesehen

Wetterleuchten in Indien

Der Kommunismus im Anmarsch

Von Zeit zu Zeit gehen durch die Presse Meldungen, die versichern, daß Indien imun gegen den Kommunismus sei und Pandit Nehru mit seiner Kongreßpartei eine sichere Zukunft in Indien habe. Die Meldungen stehen zwar im Gegensatz zu dem, was zwischendurch über Unterdrückung von Bauernbewegungen und über Gewaltmaßnahmen gegen Gewerkschaftler und Kommunisten berichtet wird. Jetzt hat eine Meldung schlagartig die Wertlosigkeit der Versicherungen über ein „zuverlässiges" Indien erhellt. Die Teilwahl in Kalkutta endete mit dem Sieg der „extrem-linken Parteien", wie es so schön heißt. Chantra Bose wurde gewählt. Die Ueberraschung dabei aber: er hat viermal so viel als der Kandidat der indischen Kongreßpartei erhalten, obwohl Premierminister Nehru und Innenminister Patel sich persönlich angelegen sein ließen, einen wesentlichen Teil des Wahlkampfes für die Kongreßpartei in Kalkutta zu bestreiten.

Dr. Schachts Stern im Kommen

Der geschäftsführende amerikanische Militärgouverneur Hay hat sich zum Fall Schacht wie folgt geäußert: „Wenn Schacht als Mitläufer eingestuft worden ist, so wüßte ich nicht, was den Alliierten kraft der ihnen reservierten Vollmachten die Möglichkeit gäbe, seine Ernennung zum Wirtschaftsminister zu verhindern."

Nette Aussichten und, wenn es noch eine Weile weiter geht, dürfen wir uns nicht verwundern, wenn aus Dr. Schacht doch noch das größte Opfer des Faschismus wird.

Um die „verunreinigten" Sojabohnen aus den USA

Der von der kommunistischen HVZ geführte Kampf gegen vergiftete und verunreinigte Sojabohnen hat die Behörden zu eingehenden Untersuchungen und Maßnahmen gezwungen. In einer vom NWDR über den Funk verbreiteten Erklärung heißt es:

„Die Importe von verunreinigten Sojabohnen, die in der letzten Zeit mehrfach beanstandet wurden, sind von der Hamburger Gesundheitsbehörde eingehend untersucht worden. Wie die Hamburger Gesundheitsbehörde mitteilt, sind Soja-Rohöl und die Lebensmittel, die aus den verunreinigten Sojabohnen hergestellt wurden, rechtzeitig aus dem Verkehr gezogen worden. Die verunreinigten Lieferungen beliefen sich auf rund 100 000 t Sojabohnen, die im April im Rahmen des Marshall-Planes aus den Vereinigten Staaten eingeführt wurden."

Verhaftungen in Spanisch-Marokko

Wie berichtet wird, wurden dreißig marokkanische Würdenträger von den Behörden in Spanisch-Marokko verhaftet. Es sind dies nicht die ersten Verhaftungen, die in Marokko vorgenommen wurden. Den Verhafteten wird vorgeworfen, daß sie einen Aufstand gegen das Franco-Regime organisierten.

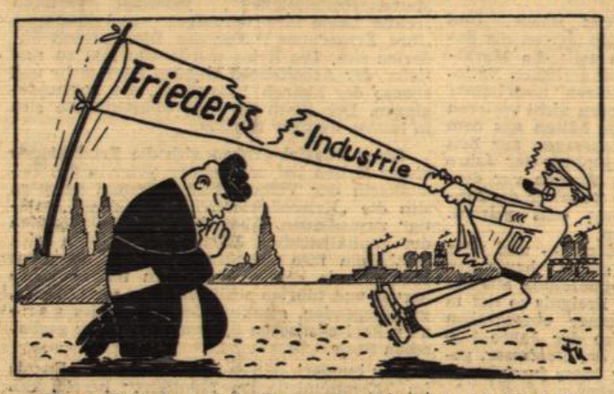
Wieder die STEG

In der vergangenen Woche wurden sechs leitende Angestellte der STEG-Zweigstelle Hessen in Wiesbaden von der Kriminalpolizei verhaftet. In mehreren Fällen sollen von den Verhafteten STEG-Waren nicht an die Bevölkerung verteilt worden sein.

Erdöl und Naturgas in Italien gefunden

In Italien herrscht Aufregung. In Corte-Maggiore in der Provinz Pymont ist Erdöl gefunden und eine Riesenmenge Methangas entdeckt worden. In 1900 Meter Tiefe führten die Bohrungen zum Erfolg. Die bis jetzt festgestellte Leistung der täglichen Förderung an Erdöl ist noch nicht erschütternd. Es handelt sich um 30 Tonnen am Tage, aber man spricht von einer möglichen Leistung von 600 000 Kubikmeter Naturgas an einem Tage.

Für Italien würde das allerhand bedeuten, denn Kohle und Erdöl sind die italienischen Sorgenkinder. Politisch dürfte die Bedeutung Italiens steigen, denn mit Erdöl- und Naturgasvorkommen ist es den Mächtegruppen der Welt natürlich begehrter als vordem.



„Was nützt das viele Beten, die Industrie ist flöten!"

Badische Landesbibliothek

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das ist die Dollar-Freiheit!

Max Reimann im Kerker — Schacht in Freiheit und das Verfahren gegen ihn eingestellt! Dieser Gegensatz entlarvt den ganzen Charakter des westdeutschen Staates. Was auch immer von den Verteidigern der westlichen „Freiheit" gesagt wird, diese Gegenüberstellung stempelt ihre hehren Worte zu hohlen Phrasen. — Doch die Politik der Freiheit für die Kriegsverbrecher und der Strafe für die Vorkämpfer der Freiheit ist nicht auf Westdeutschland beschränkt. Sie wirft ihre Schatten auf alle Länder, in denen der Dollar regiert. Besonders in Frankreich, wo die Kräfte des Friedens und des Widerstandes gegen Marshall-Plan und Atlantikpakt gewaltig anwachsen, schrecken die Kriegsverbrecher nicht mehr davor zurück, die Elemente, die sie als Handlanger im Kampf gegen den Fortschritt brauchen, rein zu waschen, um sie gegen die Vorkämpfer für Freiheit und Frieden einsetzen zu können. — Das französische Parlament scheute sich nicht, die Parlamentarische Immunität des Vorsitzenden der KPF, Maurice Thorez, und des bekannten Publizisten Florimond Bonte aufzuheben. Zur gleichen Zeit, in der der Weg zur Aburteilung dieser Widerstandskämpfer geöffnet wurde, wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, nach dem 31. Juli keine Prozesse mehr gegen Kollaborateure der Vichy-Zeit durchzuführen. Dieselbe reaktionäre Justiz, die führende Widerstandskämpfer, die letztes Jahr an der Organisierung des Bergarbeiterstreiks teilnahmen, innerhalb von 24 Stunden ins Gefängnis warf, verstand es meisterhaft, eine Reihe von Prozessen gegen Kollaborateure zu verschleppen, darunter einen gegen die beiden Mörder des jungen Widerstandskämpfers Scaffa, deren Namen seit dem 21. März 1947 bekannt sind. Nachdem die Schuldigen so lange einer gerechten Bestrafung entzogen wurden, sollen sie nun endgültig amnestiert werden. An ihrer Stelle sollen die Widerstandskämpfer die Gefängnisse füllen.

Fügt man dieser Darstellung noch hinzu, daß in den USA selbst drei von den zwölf führenden Kommunisten mit Handschellen in Untersuchungshaft zurückgeschickt wurden, weil sie in ihrem Prozeß von dem in der Verfassung verbrieften Recht der Verweigerung von Aussagen Gebrauch machten, dann ist das Bild der Dollarfreiheit zu Ende gezeichnet. Es ist eine „Freiheit", die nur für Faschisten gilt, diejenigen aber hinter Gefängnismauern verschwinden läßt, die für die Befreiung ihres Volkes ihr Leben aufs Spiel setzten.

„Unheilverkündende" Erscheinung

Der Hauptwirtschaftsberater von Präsident Truman, Edwin Nourse, hat auf Veranlassung des Verteidigungsministers Johnson einen Vortrag über die Wirtschaftslage der USA gehalten. Er warnte vor der Auffassung, daß man einer Wirtschaftskrise durch die Erhöhung des Militärhaushaltes begegnen könne.

„Journal of Commerce" schreibt, daß der rege Verkauf an der New Yorker Presse zeigt, wie sehr Wallstreet Gegenmaßnahmen für einen Geschäftsrückgang größeren Ausmaßes trifft, obwohl bis jetzt stets nur „kleinere Abschwächungen" vorausgesagt wurden. In diesen Tagen wurden die niedrigsten Kurse seit über 4 Jahren erreicht.

Die Notierung einiger Aktien fielen um 7 Dollar je Aktie. Nach Mitteilungen der UP haben alle an der New Yorker Börse notierten Aktien seit Anfang Juni eine Kursverminderung um 3 Milliarden Dollar erfahren. AP bemerkt dazu, nach Ansicht von Börsenfachleuten sei der Kurssturz ein „unheilverkündendes Phänomen."

Dollarkrise in England

In England schrumpfen die Dollarreserven zusammen. Die an den Sterlingskurs gebundenen Länder sind gezwungen, weit mehr in den Dollarländern zu kaufen, als sie dorthin verkaufen können. Die Schwierigkeiten, die daraus resultieren, machen sich in Großbritannien auf das heftigste bemerkbar. Die Dollarkrise in Großbritannien ist akut. Recht heftig umstritten ist die Frage einer neuen Pfundabwertung. Die in Großbritannien stehenden Probleme zeigen, wie wenig der Marshallplanpolitik, die eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse herbeiführen sollte, Erfolg beschieden ist.

USA-Druck auf England

Der Handelsvertrag zwischen Großbritannien und Argentinien hat den Beifall der USA nicht gefunden. Der ECA-Verwalter Hofmann hat im Bewilligungsausschuß des amerikanischen Senats erklärt, die ECA werde jeden nur möglichen Druck anwenden, um solche zweiseitigen Handelsabkommen zu sprengen.

Was der Marshallplan bringt

„Die Wahrheit ist, daß es amerikanische Exporteure in steigendem Maße notwendig finden, ihre Erzeugnisse im Ausland zu verkaufen, um ihre Fabriken voll in Gang halten zu können und um die Entlassung von Angestellten zu vermeiden. Deshalb drängen sie, die USA-Regierung, dafür zu sorgen, daß der Marshallplan die Exporte der USA unterstützt. Sie haben bei diesem Druck erheblichen Erfolg. Schon heute ist Europa auf Grund des Planes gezwungen, immer mehr und mehr Waren in Amerika zu kaufen, die es auch anderswo kaufen könnte.

Einige der großen Industrien in Amerika versuchen, den Export von Maschinen nach Europa zu beschränken, die Europa von ihren Produkten unabhängig machen könnten. So versuchen z. B. die Oelgesellschaften den Export der Oelraffinerie-Anlagen nach Europa einzuschränken.

Der amerikanische Senator Bland hat einen Gesetzesvorschlag eingebracht, nach dem 50 Prozent aller Waren, die mit Marshall-Dollar gekauft werden, auf amerikanischen Schiffen transportiert werden müssen, selbst wenn diese Waren von einem europäischen Hafen nach einem anderen gebracht werden.

Dieser Vorschlag wird in Norwegen als eine solche Gefahr für die lebenswichtige Schiffahrt des Landes angesehen, daß manche Norweger bereits von dem Austritt Norwegens aus dem Marshallplan und dem Atlantikpakt sprechen ...." Daily Expreß.

CDU-Doppelspiel um die Schulreform

Gen. Leibbrand im Landtag: „Je länger über Schulreform geredet wird, je weiter wird sie hinausgeschoben".

Stuttgart. (Vst.) Eine kleine Sensation erregte es unter den Abgeordneten des württembergisch-badischen Landtages als in der Debatte um den Kulturetat der Sprecher der CDU, Abg. Simpfendörfer, sich gegen die 6jährige Grundschule aussprach. Die CDU-Fraktion hatte sich früher im Kulturpolitischen Ausschuß für diese Reform des Schulwesens ausgesprochen. „Vier Jahre reden wir nun von der Schulreform und je länger wir davon sprechen, umso weiter wird sie hinausgeschoben", begann Abg. Leibbrand (KPD) seine scharfe Kritik an dem Verhalten der CDU.

Jetzt, so sagte er, ändert die größte Fraktion des Hauses plötzlich ihre Haltung, weil sie darauf spekuliert, durch weiteres Hinausschieben eine wirklich soziale Schulreform endgültig zu Fall zu bringen. Sie rechnet mit dem Anwachsen der konservativen Kräfte. Die gleiche Partei, die hier vorbringt, man müsse abwarten bis der Südweststaat geschaffen sei, wartet in Südwürttemberg keineswegs ab, sondern schafft dort Tatsachen durch die Einführung der Konfessionsschulen.

Eine innere Reform der Schule müsse verknüpft sein auch mit der Veränderung der äußeren Form. Alle Abgeordneten haben die Hebung des Niveaus der Volksschulen verlangt. Hierzu sei eben das beste Mittel, die Einführung der 6jährigen Grundschule. Der Kampf gegen eine solche 6jährige Grundschule werde von einem großen Teil der Lehrer und Eltern der Höheren Schulen als organisierte Kampagne aus egoistischen Gründen geführt. „Niemand denkt daran, das Niveau der Höheren Schulen herabzudrücken", rief Leibbrand aus, „aber zuerst muß alles dafür getan werden, daß in den Volksschulen ein Lehrer auf 45—50 Schüler kommt, während es heute im Durchschnitt 58, bei den Höheren Schulen dagegen in Württemberg 34 und in Baden noch weniger sind." Simpfendörfer habe seiner eigenen Behauptung Lügen gestraft, die Höheren Schulen seien keine Standesschulen, denn er führe als Beweis an, daß 20 v. H. der Schüler aus den minderbemittelten Schichten stammen, die aber 80 v. H. der Bevölkerung ausmachen.

In verschiedenen Schulen würden aus angeblich praktischen Erwägungen Parallelklassen nach Konfessionen getrennt. Höher als praktische Erwägungen sollte aber der Verfassungsgrundsatz der Gemeinschaftsschule gestellt werden. Leibbrand fragte, warum bei den Berufsschulen hauptberuflich Religionslehrer angestellt würden und wieso man konfessionelle Privatschulen staatlich unterstütze, während z. B. die Freie Walddorfschule ohne diese Unterstützungen auskomme. Er wandte sich gegen die Durchführung andauernder Geldsammlungen in den Schulen. So wurden in einer Mannheimer Schule in kurzer Zeit 18 Geldsammlungen durchgeführt und in 15 Monaten von 500 Schülern 47 000 Mark „freiwillig" gesammelt.

Interessante Zahlen gab in der Debatte Abg Lausen (SPD) an, wonach 8,6 Prozent aller Staatsausgaben für kulturelle Zwecke, 23,3 Prozent aber für Besatzungskosten verwendet werden. 9,6 Millionen DM seien im Etat für die Kirchen vorgesehen.

Zu wenig Volksschullehrer

Landtagssitzung gibt Aufschluß wer schuld ist, wenn es in Zukunft dabei bleibt

Bei der Fortsetzung der Beratung des Kultetats im württembergisch-badischen Landtag kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der CDU und SPD als der Antrag des Abg. Schneckenburger zur Beratung kam, in Württemberg-Baden insgesamt 1300 weitere Volksschullehrer vorzusehen. Trotzdem der Antragsteller betonte, daß diese nur in dem Maße eingestellt werden sollen wie Schulräume vorhanden sind wurde der Antrag dadurch zu Fall gebracht, daß der Finanzminister mit Unterstützung der CDU sich auf den Artikel 99 der Verfassung berief, nach welchem der Landtag nur dann höhere Staatsausgaben beschließen kann, wenn er nachweist, aus welchen Mitteln sie gedeckt werden sollen. Anstatt einen solchen Deckungsantrag zu stellen, zog Schneckenburger seinen Antrag zurück. Simpfendörfer von der CDU aber betonte, daß er die Volksschulen in einem Zehn-Jahres-Plan verbessern wolle. Er zeigte damit, wie wenig ernst es der CDU mit dieser Absicht ist.

Obwohl infolge der dauernden Einsprüche des Finanzministers schließlich alle Anträge, die höhere Etatmittel vorsahen, zurückgezogen wurden, hinderte dies den Abg. Kuhn von der CDU nicht, nun seinerseits mehr Lehrer an den Höheren Schulen in Baden zu fordern, weil in diesem Punkt nicht die Verteilung der Mittel, sechzig Prozent für den württembergischen und vierzig Prozent für den badischen Landesteil gewahrt sei, sondern Baden hier um ganze 2⅔ Prozent benachteiligt ist. Dabei mußte er zugeben, daß das Verhältnis der Zahl der Schüler bei Lehrern in den Höheren Schulen in Baden wesentlich günstiger als in Württemberg ist. Erst als der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung schon gestellt war, zog Kuhn seinen Antrag zurück. Die Ausführungen von Kultminister Bäuerle, wobei er weiterhin für eine Schulreform mit einer sechsjährigen Grundschule eintrat, könnten hoffen lassen, wenn nicht diese Hoffnungen nun schon vier Jahre vergeblich wären. Auch die Aenderungen über die Prügelstrafe in den Schulen, die noch heute nach einer Verordnung aus dem Jahre 1910 ausgeübt wird, möge er bald in der versprochenen Weise ändern.

Die Kandidaten der KPD zur Bundestagswahl

In Nordbaden sind die Kandidaten der KPD zur Bundestagswahl in allen Wahlkreisen nominiert. Das Ergebnis der Wahlen der Kreis-Delegierten-Konferenzen sieht wie folgt aus:

Mannheim (Stadt): Willy Grimm,
Mannheim (Land): Fritz Salm, MdL,
Heidelberg (Stadt und Land): Franz Böning, Gewerkschaftssekretär,
Karlsruhe (Stadt): Berthold Riedinger, Bürgermeister a. D.,
Karlsruhe (Land): Robert Klausmann, MdL,
Pforzheim-Bruchsal: Erwin Schick, Sekretär beim Verband der Fliegergeschädigten,
Mosbach-Sinsheim: Max Oppenheimer, Parteisekretär,
Buchen-Tauberbischofsheim: Hans Elmer, Fuhrunternehmer.

In Stuttgart kandidieren für die KPD in Stuttgart I (West) der Landesvorsitzende Robert Leibbrand, Stuttgart II (Ost) Albert Buchmann, MdL.

Flüchtlinge!
Kommt, und hört!

Wie leben die Flüchtlinge noch heute?
Die Hilfe — wo war, wo ist sie denn?
Wo wird der Ausweg für sie sein?

Ueber diese Fragen spricht der
Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen
Direktor im Innenministerium

Willi Bettinger

am **Freitag, den 24. Juni 1949 in Heidelberg, 19.00 Uhr, in der Klingenteichturnhalle.**

KPD Kreisvorstand Heidelberg

Vom Schweigelager zum Menschenraub-Schwindel

Wie die öffentliche Meinung irregeführt wird

Die westliche Presse hat sich einen neuen Anlaß gesucht für ihre bezahlte antisowjetische Reklame. „Neuer Menschenraub in Berlin" überschreibt zum Beispiel der amerikanisch lizenzierte „Tagesspiegel" eine Privatmeldung — und prompt macht sie in der Presse die Runde — in der behauptet wird, daß Mitglieder der Falken-Bewegung in Berlin verurteilt und verhaftet wurden „weil sie Freiexemplare des britisch lizenzierten „Telegraf" im Ostsektor verteilt hätten". In Wirklichkeit war es aber so: Neun Jugendliche standen vor Gericht, weil sie in der Ostzone ein illegales Flugblatt mit Verleumdungen gegen die Sowjetunion und die Volksdemokratien verbreitet haben, das unverblümte Kriegshetze enthält. Das Flugblatt bewies seinen illegalen Charakter schon damit, daß es weder den Verfasser noch den Drucker nannte, wie das in jedem Pressegesetz und auch nach den Bestimmungen des Kontrollrates gefordert wird.

In den Westzonen wären die Jugendlichen vor ein Militärgericht gestellt worden, und hätten bedeutend höhere Strafen zu erwarten gehabt. In der Ostzone standen sie vor einem deutschen Gericht. Das Verfahren wurde in aller Oeffentlichkeit durchgeführt und der Vorstand der Falken hatte zwanzig Karten bekommen, um dem Prozeß beiwohnen zu können. Weil er ständig Zwischenrufe machte und randalierte, wurde Heinz Westphal, der erste Vorsitzende der Berliner Falken, verhaftet. Das ist der Tatbestand, den die Weltpresse als „neuen Menschenraub in Berlin" bezeichnete und die ein amerikanischer Offizier zum Anlaß nahm, um von „Methoden des Polizeistaates" zu sprechen. Man sollte lieber die Auftraggeber der verhetzten Jugendlichen zur Rechenschaft ziehen, von denen sieben freigesprochen und zwei zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Es scheint dies für die Westberliner Kriegshetzer ein willkommener Anlaß zu sein, um davon abzulenken, wie sehr man mit den terroristischen Provokationen, die unter dem Motto „Eisenbahnerstreik" gestartet wurden, daneben gehauen hat, und wie sehr man sich damit in einer Sackgasse verrannte.

Erst kürzlich mußte die Westpresse erfahren, daß ihre Lügen oft kurze Beine haben. Der von der Westpresse ganz groß propagierte „erste deutsche Heimkehrer aus einem Schweigelager in Rußland", Erwin Kraft-Brandt, entpuppte sich bei einem Kreuzverhör mit dem Kriminalkommissar Robert Dietzel im Lager Möschendorf als der kriminell vorbestrafte Ernst Bernhardt, der nie in der Sowjetunion war und nach seinem eigenen Geständnis einfach als „Erlebnis" schilderte, was reaktionäre Behörden und Zeitungsschreiber von ihm hören wollten. Seine „sensationellen Enthüllungen" über die sowjetische Rüstungsindustrie hinter dem Ural, seine ganze Erzählung von dem Schweigelager, in dem „SS-Leute als Folterknechte" wirken und alle sonstigen „Beobachtungen" waren aus den Fingern gesogen und wurden ohne jede Prüfung von der Verwaltung in Kulmbach als glaubwürdig bescheinigt und wurden von der Weltpresse bis heute nicht widerrufen! Man machte sich keine Gedanken darüber, wie dieser Artikel auf alle jene Menschen, die noch Angehörige in der Sowjetunion haben, wirken mußte. Ihnen kam es darauf an, kriegshetzerische Propaganda zu treiben und das Ansehen der Sowjetunion zu schädigen.

Sie dienen nicht der Wahrheit und nicht dem deutschen Volk, sie dienen den imperialistischen Kriegshetzern zum Schaden unseres Volkes. Der Erfolg ihrer Hetze ist jene vergiftete politische Atmosphäre, die von den reaktionären Spaltern Deutschlands gebraucht wird, um Deutschland zu Grunde zu richten.

E. M.

Pressestimmen

Jetzt auch Katzen

Dem Quai d'Orsay wurde, wie der „France Soir" am Mittwoch mitteilt, durch den französischen Botschafter in Washington, Bonnet, vor einiger Zeit das Angebot übermittelt, 50 000 Katzen aus den USA im Rahmen des Marshallplanes nach Frankreich zu schicken. Diese Katzen sollen zum Schutz der amerikanischen Getreidelieferungen eingesetzt werden, da in den französischen Silos und Lagerhallen der Ungezieferschaden sich nach amerikanischen Schätzungen teilweise bis auf ein Drittel der Bestände belaufen soll. Es ist anzunehmen, daß dieses Angebot nicht nur die zuständigen französischen Stellen beschäftigt, sondern, daß es nach seinem Bekanntwerden, bald auch einen der Hauptschlager der Pariser Kabaretts abgeben wird. (HVZ).

Mißbrauch der Kirchen

Köln. „Wir bitten die Geistlichen beider Konfessionen im vorparlamentarischen Raum dafür zu kämpfen, daß die große Partei auf christlicher Grundlage die Macht behält, die für den Aufbau eines neuen christlichen Deutschlands unerläßlich ist", heißt der Schluß eines im CDU-Informationsdienst veröffentlichten Briefes, in dem die CDU die Geistlichkeit um Unterstützung für die kommende Wahl bittet. (nach Fr. Rd.).

Unter der Hand einmal die Wahrheit

Wenn nicht bald eine langfristige Sicherung der Stabilität eintritt, dann gibt es in Deutschland nur wenig Hoffnung für mehr als eine Reihe von Pumperfolgen, jede auf Kosteh der deutschen Arbeitskraft, die weiterhin unterbezahlt und überbelastet bleibt. Als bei der Währungsreform 10 Reichsmark in eine DM umgetauscht wurden, litt nicht der Fabrikbesitzer mit seinem ständigen Guthaben an Betriebsanlagen und Maschinen. Es war der Arbeiter, der nur seine Geldersparnisse gerettet hatte — und sehr wenig davon.

Ebenso ist der ganze Preisvorteil, dessen sich Deutschland heute noch erfreut, auf die billige Arbeitskraft zurückzuführen — eine Arbeitskraft, die es sich nicht leisten kann, die inländischen Preise zu bezahlen.

(New York Herald Tribune)

Die Hintergründe

Der Londoner Korrespondent der „Rhein-Neckar-Zeitung" schreibt zu der Haltung der Konservativen zu den Demontagen in Deutschland, die der Haltung der Labour Party völlig entspricht: „Drei Gesichtspunkte bestimmen diese Haltung der Rechten. Erstens soll Deutschland trotz des Bestrebens, es in die Westliche Union einzubauen, in einer abhängigen Rolle verbleiben. Zweitens soll das wirtschaftliche Potential Deutschlands scharf begrenzt bleiben. Drittens soll das Bündnis mit Frankreich durch die strenge Einhaltung der beiden ersten Ziele verstärkt werden. Psychologische Restbestände aus der Kriegszeit spielen dabei auch noch mit herein ..."

Aus deutscher Verantwortung heraus

Der ASTA der Göttinger Universität hat, wie DENA berichtet, an die Universitäten der vier Zonen und an die Berliner Humboldtuniversität, die Freie Universität und die Berliner Technische Hochschule Einladungen zu einem gesamtdeutschen Treffen verschickt, das unter dem Thema „Die politische Verantwortung des deutschen Studenten" steht und vom 24.—26. Juni stattfinden soll. (Vst.K.)

„Deflation wird politische und diplomatische Atmosphäre bald ändern"

Die Feier des zweiten Jahrestages der Harvard-Rede, in der Staatssekretär Marshall das europäische Hilfsprogramm vorgeschlagen hatte, kommt zu einer Zeit, in der in Westeuropa, den Vereinigten Staaten und überall der Handel zurückgeht, die Profite fallen und die Arbeitslosigkeit steigt. Genau wie in den Monaten vor der Harvard-Rede zeigen sich die Anzeichen einer Krise zu deutlich, um mißachtet werden zu können. Es bestehen viele Gründe, die uns glauben machen, daß die kommende Krise der Staatsführung und dem Volke größere Anstrengungen abverlangen wird, als die, die zu Beginn des Winters 1947 ihren Anfang nahm.

Damals stand die Frage, wie durch ein Wiederaufleben der Produktion mit amerikanischer Hilfe der Lebensstandard vonn dem niedrigen Niveau, auf das ihn der Krieg gebracht hatte, gesteigert werden könne. Jetzt aber steht die Frage, wie der bestehende europäische Lebensstandard erhalten werden kann, nachdem die Produktion, im ganzen gesehen, über der Produktion vor dem Kriege liegt und die amerikanische Hilfe anläuft. Obwohl der Lebensstandard noch immer sehr niedrig ist, besteht wenig Aussicht, daß er in nächster Zukunft verbessert werden kann. Die ernste Frage lautet, ob er nicht sinken wird ....

Die fragwürdige Erholung, die erreicht worden ist, wird nun von einer weltumspannenden Deflation bedroht, in die, im Gegensatz zum Jahre 1947, die Vereinigten Staaten verwickelt sind ....

Unsere Politik und unsere politischen Hoffnungen hängen von der Voraussetzung ab, daß die westliche Welt, einschließlich Westdeutschlands, auf einen ansteigenden Lebensstandard unter Bedingungen wachsenden Vertrauens und Sicherheit rechnen kann. Eine weltumspannende Deflation, in der die Märkte schrumpfen, der Verbrauch zurückgeht, die Arbeitslosigkeit steigt — besonders wenn eine amerikanische Deflation dies verschlimmert, anstatt es auszugleichen —, wird die politische und diplomatische Atmosphäre bald ändern, in der Mister Acheson seine Politik handhabt, und dies nicht zum Besten.

Walter Lippmann
in der „New York Herald Tribune".

Der Westen hat kein Ideal

Der stalinistische Kommunismus ist eine kämpferische Idee, der wir nichts gegenüberzustellen haben. Im Osten gibt es eine Hoffnung auf die Zukunft, weil es einen Plan, eine Marschroute und eine Methode zum Fortschritt gibt. Im Westen sind die materiellen Bedingungen weit besser, aber es gibt keine Polarisation. Man stagniert. Es genügt nicht, etwas zum Essen zu haben, man muß die Augen auf ein Ideal richten können. Es gibt aber kein Ideal. Le Monde. Paris.

Hier irrt Professor Baade

Die „Welt am Sonntag" veröffentlichte einen Artikel des soeben von einer Amerika Reise zurückgekehrten Professor Baade, des Leiters des weltwirtschaftlichen Institutes in Kiel. Professor Baade überschreibt seinen Artikel „Hier irrten die Sowjets". Der Professor berichtet, er habe in den USA mit zahlreichen Persönlichkeiten der Wissenschaft und Wirtschaft gesprochen, darunter mit den „Krisendoktoren" Trumans, den Wirtschaftsberatern des Präsidenten. Professor Baade faßt seine Eindrücke und seine Schlußfolgerungen aus den Gesprächen mit diesen Persönlichkeiten in dem „eindeutigen" Urteil zusammen: Der amerikanischen Wirtschaft droht keine Krise.

Also sprach Professor Fritz Baade. Und weil er also gesprochen — ergo „irrten die Sowjets", was sicherlich heißen soll: die Marxisten. Es ist seltsam, daß die bürgerlichen Nationalökonomen und „Krisendoktoren" noch immer den Mut zu derartigen Prognosen nicht verloren haben. Man sollte meinen, sie hätten aus dem kläglichen Fiasko ihrer Voraussagen zur Zeit der amerikanischen Hochkonjunktur der Jahre 1924 bis 1928, als sie wenige Wochen vor dem Krisensturz noch das „ewige Zeitalter der Prosperität" besangen, zumindest eins gelernt: Ueber die Zukunft schweigen.

Aber sie haben nichts gelernt — und alles vergessen. Professor Baade schöpft heute den Mut zu seiner gewagten Prophezeiung aus der Ueberzeugung, daß sich kein Ereignis so tief in das Bewußtsein der Amerikaner eingegraben habe wie die Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933. Diese Lehre, meint der Professor, genüge, um eine Wiederholung jener furchtbaren Ereignisse unmöglich zu machen.

„Die Politik des untätigen Zuschauens vom Ende der zwanziger Jahre", sagt er, „wird bestimmt nicht wiederholt werden. Die Amerikaner und ihre Krisendoktoren werden sich kaum hinsetzen und warten, bis eine neue Konjunktur ‚um die nächste Ecke herum' sichtbar wird ... Es ist nicht daran zu denken, daß das amerikanische Volk zum zweiten Male auf die verrückte Idee kommen wird, bei vollen Steuern zu hungern."

Der arme Professor — und die noch ärmere bürgerliche Nationalökonomie. Seit mehr als hundert Jahren durchlebt der Kapitalismus in beinahe regelmäßigen Abständen Wirtschaftskrisen. Jedesmal bedeuteten sie „jahrelange Massenarbeitslosigkeit", jedesmal verloren „reiche Leute ihre Vermögen" und Millionen „ihre Ersparnisse". Nur die Dimensionen änderten sich. Die Krise wurde von mal zu mal tiefer, der Arbeitslosen wurden imer mehr und ebenso der kleinen Existenzen, die zugrundegingen. Der Reichtum aber konzentrierte sich in immer weniger Händen.

Ohne Zweifel gruben sich die Erfahrungen dieser Krisen tief und immer tiefer in das Bewußtsein der Völker. Und jedesmal gelobten sich die „Krisendoktoren", nie wieder „untätig" zuzuschauen. Aber die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft scherten sich wenig um ihre Schwüre. Mit Notwendigkeit brachten sie die nächste, noch tiefere Krise hervor und führten schließlich zur allgemeinen, grundlegenden, strukturellen Krise des ganzen kapitalistischen Systems auf seiner gegenwärtigen Stufe.

Vor hundert Jahren haben Marx und Engels im „Kommunistischen Maniferst" bereits das in der gegenwärtigen monopolkapitalistischen, imperialistischen Zeit immer tiefere Absinken des Kapitalismus und die stets enger werdenden Möglichkeiten zur Ueberwindung der Krisen geschildert:

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktionskräften, anderseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert."

Aber davon hat der arme Professor noch nichts gehört. Ihm ist die Geschichte, wie in Heines spöttischem Gedicht, erst „just passiert" und ihm „bricht das Herz entzwei". Er schwört sich, dies dürfe sich nicht zum zweiten Male wiederholen, und er merkt gar nicht, daß es sich in der ganzen Geschichte des Kapitalismus wiederholt hat, und daß es stets eine Krise aus Ueberfluß war, daß stets „bei vollen Scheuern" gehungert wurde.

Dennoch ist der Mut des Professors zu Prophezeiungen bewundernswert, insbesondere dann, wenn man den von ihm angeführten Tatsachen oder die amerikanische Wirtschaftslage einige hinzufügt, die ihm sicherlich nicht unbekannt sind, vor denen er jedoch seinen Lesern mit geradezu väterlicher Sorge in Schutz nimmt.

Ergänzen wir sein Bild ein wenig. Professor Baade spricht davon, daß der Rückgang des Volkseinkommens bisher weniger als 5 Prozent betrage. Aber er sagt uns nicht, daß dieser geringe Rückgang allein darauf zurückzuführen ist, daß beinahe 30 Milliarden Dollar für Rüstungen und die sogenannte Auslandshilfe (die in der Hauptsache die Finanzierung des amerikanischen Exportes aus Mitteln des Steuerzahlers darstellt) ausgegeben werden. Ohne die Rüstungen wäre, selbst nach Ansicht der großen kapitalistischen Wirtschaftszeitschriften ein Krisentiefpunkt längst da.

Aber Professor Baade schildert auch die eigentliche Lage reichlich optimistisch. In ihrer Aprilnummer hat die großkapitalistische Wirtschaftszeitschrift „Fortune" mit beißendem Spott alle Versuche zurückgewiesen, die von einem „Rückgang" oder von einer „gesunden Anpassung" sprechen und sich scheuen, das Wörtchen mit fünf Buchstaben „slump" (Krise) zu benutzen. Im April ist die Arbeitslosenzahl um weitere 330 000 gestiegen, darin ist jedoch die wachsende Zahl von Kurzarbeitern nicht enthalten. Die durchschnittliche Arbeitswoche beträgt jetzt 38 Stunden, und der Vorsitzende eines der mächtigsten amerikanischen Konzerne, Alfred Sloan von General Motors, hat Ende Mai für die nächste Zukunft starke Einschränkungen in der Automobilindustrie und in der gesamten industriellen Produktion vorausgesagt. Hinzu kommen solche Tatsachen, wie das Sinken der Preise für Stahlprodukte, das Schrumpfen der Kredite im Rekordtempo, das erstmalige Sinken der Preise für landwirtschaftlichen Boden seit zehn Jahren — untrügliche Anzeichen einer echten Krise, und dies trotz der unerhörten Rüstungsausgaben.

Es wird sich sehr bald zeigen, wer irrt — die „Sowjets" oder Professor Baade. Wir fürchten den Ausgang dieses Wettkampfes der Meinungen nicht. Aber wir würden Professor Baade einen durchaus fairen Vorschlag machen: Wenn sich herausstellt, daß er geirrt hat, dann möge er sich dafür einsetzen, daß ein Marxist an seine Stelle tritt, und er möge die Nationalökonomie an den Nagel hängen. Wir fürchten, Professor Baade wird diesen Vorschlag ablehnen.

J. Sch.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Grazien im Ring

Schnappschuß vom Damen-Freistil-Ringen

Ein Boxring, mit gut gepolsterter Matte ausgelegt, ein Gong, ein Ringrichter und wie man später sah, im Umgang mit Damen zartbesaitet, eine tickende Ringuhr, mit einem Aufpasser davor, die Aufmachung ist streng sportlich, es ist alles dran. Einige Hundert Schaulustige, durch die marktschreierische Reklame angelockt, auf den vordersten Bänken die Kenner mit erwartungsvollen Stielaugen. „Kognak, Schokolade, Drops", und die Herren auf den besseren Bänken kippen schmatzend einen hinter die Binde, und die weibliche Begleitung knabbert etwas verlegen dreinschauend Schokolade. „Schau einer schönen Frau nicht so tief in die Augen", trompetet der Lautsprecher, und nun kommt die Parade der Amozonen im farbigen Trikot mit geschminkten Lippen und gepuderten Wangen, und sie lächeln wie eine Zahnpastareklame, die Herren konstatieren beifällig, daß sie alle jung und gut gewachsen sind, aber die Bekleidung ist zu dezent meinten sie und könnte ein bißchen „freier" sein.

Es gongt und es geht los, einige geschickt inszenierte Katzbalgerei, die mit Ringkampf nur eine sehr entfernte Aehnlichkeit hat, mit sensationellen Luftsprüngen gehen sich die Amazonen an den Kragen, begleitet vom Johlen des lieben Publikums. Sie rollen über die Matte bis über den Ring hinaus und müssen an den Beinen wieder zurückgezogen werden, sie schmettern sich über die Schultern auf den Boden, daß es nur so knallt. Mit der einen oder anderen geht das Temperament durch und sie reißt die Partnerin unsanft an der dauergewellten Mähne, die „Wildkatze" beißt, daß die Zuschauer einen Maulkorb verlangen, die „Blonde Tigerin" beißt ihrer Partnerin in die Zehen und dann nimmt sie sie auf die Schulter und will sie unter brüllendem Gelächter aus dem Ring schmeißen, der galante Ringrichter hat alle Hände voll zu tun. Sensation, Sensation „ran Mädchen, ran" und Johlen und Pfeifen. Gesichter, die unter der Schminke bläulich anlaufen und kleine Schmerzensschreie „Das schau ich mir nicht mehr an", haucht die kleine Brünette neben mir.

Nach dem „Kampf" in der Garderobe: Ich frage die „Blonde Tigerin" nach ihrem Beruf und bekomme die frappierende Antwort, sie sei Schauspielerin. „Warum wollten Sie bloß ihre Partnerin aus dem Ring schmeißen?", fragte ich. „Ach", sagt sie lächelnd, „das ist doch nur Theater." Margot Roseve, „Die Wildkatze", ist Artistin und ernährt mit ihrem Verdienst ihr sechs Monate altes Baby und die Eltern. Edith Hauffe aus Leipzig, blond und hochgewachsen ist Parterre-Akrobatin. Und so geht es weiter, Tänzerinnen, Artistinnen, auch eine Sportstudentin ist dabei. Das ist die Kehrseite der Sensation, ein Stück Frauenschicksal von heute. Andernorts hat sich voll frommer, sittlicher Entrüstung der katholische Klerus gegen die öffentliche Unmoral gewandt und die Gerichte bemüht. Dem Frauenringkampf tut es keinen Abbruch. Je umstrittener er ist, um so größer die Reklame. Ein Teil geht hin, wie er sagt, der „Gaudi" wegen, der andere, um sich moralisch zu entrüsten Ob sie auf ihre Kosten kommen? Der Veranstalter sicherlich. -m-

Alte Bekannte vor dem Arbeitsrichter

Zu den besten Kunden des Arbeitsgerichtes gehört die Firma Zimmerman und Winkler, deren eigenartige Manipulationen wir bei einer früheren Angelegenheit schon angeprangert haben. (Ein früherer Teilhaber der Firma, Winkler, teilte uns in diesem Zusammenhang mit, daß er das unsoziale Verhalten der Firma nicht deckt. Er ist am 2. Mai dort ausgeschieden.) Diese Woche mußten wieder drei Arbeiter die Hilfe des Arbeitsgerichtes in Anspruch nehmen, um zu ihrem verdienten Lohn zu kommen. Die Forderungen beliefen sich auf 70,—, 176,— und 75,— DM. In allen drei Fällen war an den Forderungen der Arbeiter nicht zu deuteln, so daß sich die Firma sofort bereit erklärte, die genannten Summen zu zahlen, allerdings nur auf Stottern. In 3 bis 5 Wochenraten sollen die Summen abbezahlt werden.

Auch die Baufirma Senftleber und Oettinger war nicht das erste Mal vor das Arbeitsgericht geladen. Ein Arbeiter hatte hier eine größere Summe für entgangenen Verdienst infolge unverschuldeten Arbeitsausfalles eingeklagt. 135 DM wurden durch den Vertreter der Firma auch anerkannt. Herr Senftleber macht zur Entschuldigung geltend, daß die Lage im Baugewerbe sehr schlecht sei, die Firma habe große Außenstände bei der Kundschaft und selbst staatliche Stellen würden die Bezahlung ihrer Aufträge immer wieder hinauszögern.

Der Kläger selbst verzichtete einstweilen darauf, seine weitergehenden Forderungen geltend zu machen und will zufrieden sein, wenn er die versprochenen 135 DM bekommt.

„Mein Name ist Hase"

Ein bei der Fa. Freudenberg in Weinheim beschäftigter Angestellter wurde im Jahre 1933 wegen Beleidigung führender Nationalsozialisten verhaftet und ins Konzentrationslager nach dem Heuberg verbracht. Als er im September 1933 wieder zurück kam, hat ihn die Fa. Freudenberg, (der Firmeninhaber bezeichnet sich ja bekanntlich als Antifaschist), wegen seiner Haft im Konzentrationslager entlassen. Sie hat ihm diesen Entlassungsgrund auch schriftlich mitgeteilt.

Heute will die Firma aber davon nichts mehr wissen. Der damals Gemaßregelte benötigte eine Abschrift des Entlassungsschreibens, um es bei den Behörden wegen seiner Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes vorlegen zu können. Aber die Firma hat angeblich seit 1945 keinerlei Unterlagen mehr und niemand weiß, daß im Jahre 1933 der Angestellte aus diesen Gründen entlassen worden ist. Der „Antifaschist" Freudenberg hatte Pech. Vor dem Arbeitsgericht, bei welchem auf Herausgabe dieser Papiere geklagt wurde, stellte sich heraus, daß die Firma sehr wohl von diesen Vorgängen noch wußte. Wenigstens wußte sie dies noch vor einem Jahr, da der Kläger in russischer Gefangenschaft war. Da hat sie ihm auch eine derartige Bescheinigung zugeschickt, so daß ihr jetzt nichts anderes übrig blieb, als sich bereit zu erklären, der Forderung des Klägers nachzukommen.

Sorgen der unzerstörten Stadt Heidelberg

Kein Wohnraum für die Lebenden — Kein Schulraum für die Jugend

Heidelberg, die „Unzerstörte", hat neben der Unzahl der vielen kleinen, einige recht große Sorgen, die der Stadtverwaltung schweres Kopfzerbrechen bereiten.

In der Wohnungsnot steht diese vom Krieg verschonte Stadt den ausgebombten Städten nichts nach, denn Tausende „Reingeschneiter" haben dieses ruhige Mittelstädtchen über Nacht zur lärmenden Großstadt gemacht. Ausgebombte aus dem benachbarten Mannheim und aus anderen badischen und hessischen Städten ließen sich nieder. Evakuierte aus den Kriegsjahren brachen ihre aufgeschlagenen Zelte nicht mehr ab und blieben. Nach dem Kriege aber kam der Strom ausgesiedelter Deutschen. Sie alle vermehrten die Bevölkerungszahl um mehr als 20 000, ohne daß aber eine Wohnung mehr zur Verfügung stand als vor dem Kriege. Im Gegenteil. Die Wohnungen und Wohnräume wurden erheblich weniger durch die starke Belegung der Stadt mit amerikanischen Besatzungstruppen, die hier ihr europäisches Hauptquartier aufschlugen. 1134 Wohnungen mußten geräumt werden und damit gingen 5489 Räume verloren. Für die auf 118 331 E. angewachsene Stadt stehen nur noch 26 010 Wohnungen zur Verfügung — bei 48 000 Haushalten. Ueber 8000 Neubürger haben keine eigene Küche.

Die Wohnraumsorge ist also, ebenso wie in den zerbombten Städten, Heidelbergs Sorge an erster Stelle.

Katastrophale Zustände im Schulwesen

Die Beschlagnahme eines erheblichen Teils der vorhandenen Schulräume durch die Besatzungsmacht schuf katastrophale Zustände auf dem Gebiet des Schulwesens.

Für 11 645 Volksschüler stehen nur 184 ordentliche Schulräume zur Verfügung — weitere 15 sind nur Behelfsräume. In Handschuhsheim, Rohrbach und Kirchheim kommen durchschnittlich 65 Kinder auf einen Schulraum. In der Friedrich-Ebert-Schule sind jetzt drei Schulen untergebracht: eine Knaben-, eine Mädchen- und ein Teil der Gewerbeschule. Die dortigen Lehrsäle sind von morgens bis abends ununterbrochen besetzt. Eine Klasse löst die andere ab. Während die einen unterrichtet werden, haben die anderen Pause. Ein ständiges Kommen und Gehen auf den Treppen und das Klappern der Eßgeschirre bei der Ausgabe der Schulspeisung stören die gerade zu unterrichtenden Kinder gewaltig in ihrer Aufmerksamkeit. Die Lehrer haben es bestimmt nicht leicht und man muß ihnen höchste Anerkennung

für ihr Pensum, das sie täglich leisten müssen, aussprechen.

Das Gebäude der Gewerbeschule ist von der Besatzungsmacht beschlagnahmt. Ein Teil der Gewerbeschule zog als Untermieter in die Wilkensschule ein. Hier stehen für 2010 Schulpflichtige nur 14 Räume zur Verfügung. Der andere Teil der Gewerbeschule wurde in die Friedrich-Ebert- und in die Mönchhofschule hineingepfercht. Sechs Räume müssen für 1255 Schüler genügen, wobei zwei dieser Räume in der Mönchhofschule im Keller in Küchennachbarschaft liegen. Küche und Unterrichtsräume liefern sich täglich einen unerbittlichen Kampf. Die Küche siegt — ihrem Lärm hat der Gewerbelehrer nichts gleichwertiges entgegenzusetzen.

Die beiden Handelsschulen haben 16 Räume für 55 Klassen.

Das Gymnasium, dessen Gebäude ebenfalls total beschlagnahmt ist, mußte seine früheren 21 Schulsäle gegen 13 der Liselotteschule eintauschen. Das Bunsenrealgymnasium verkroch sich als Mitbewohner teilweise ins Collegium academicum und wartet mit anderen Klassen vor den Sälen des Realgymnasiums I, um schnell hineinzuschlupfen, wenn die ordentlichen Hausbewohner mal gerade ihr Nest verlassen haben. Dem Mädchenrealgymnasium fehlen 9 Räume.

Die Mädchenberufsschule ist noch nicht wieder eröffnet worden, es ist kein Platz vorhanden, um sie unterzubringen. Die Hotelfachschule wird noch lange nicht nach Heidelberg zurückkehren können, nachdem sie nach dem benachbarten Weinheim „auswandern" mußte.

Alles in allem — ein verheerendes Bild. Alle Schulen sind schweren Einschränkungen unterworfen. Doch sind die Höheren Schulen noch weit besser daran als die Volksschulen. Das ist sicherlich nicht zufällig. Den „armen Volksschülern" die gleichen Beschränkungen wie den „Höheren" aufzuerlegen, wäre den Volksschulen zu viel Ehre angetan. Die gesamte Schulfrage ist für die Stadtverwaltung bestimmt nicht leicht. Sie ist sicherlich nicht nur mit der gleichmäßigen Verteilung der noch vorhandenen Räume unter die einzelnen Schulen zu bewältigen. Man wird mit der Besatzungsmacht sprechen müssen, daß sie wenigstens das Gebäude des Gymnasiums freigibt, das so wie so nur schwach belegt sein soll. Damit wäre viel gewonnen. Der Rest der Schulraumfrage ist nur durch Neubau zu lösen. Seit 1927 sind in Heidelberg keine neuen Schulgebäude mehr errichtet worden. Damals war die Stadt schon ans Ausland ungeheuer verschuldet. Ausländische Anleihen ergaben von 1925 bis 1948 eine Verschuldung von insgesamt 647 752 Dollar und 1 151 513 Schweizer Franken. Die Zinsen der ersten amerikanischen Anleihe, die 1925 gegeben wurde, betrugen bis Ende 1948 allein schon 244 860 Dollar. Diese Auslandsverschuldung war ein ausschlaggebender Grund für die Nichterstellung von neuen Schulgebäuden und dadurch mit auch eine Ursache der heutigen gewaltigen Not. Die Forderung des Abzugs aller Besatzungstruppen, die Forderung nach einer Politik, die sich nicht Auslandsfesseln anlegen lassen will, wird hier am Wohnungs- und Schulproblem der Stadt Heidelberg als oberste nationale Forderung jedem deutlich. Es geht um Hygiene und Gesundheit der Jugend, es geht um den Bildungsstand der kommenden Generation, es geht um den kommenden deutschen Qualitätsarbeiter, es geht um den Rang, den in Zukunft deutsche Techniker und Wissenschaftler in der Welt einnehmen. Wir dürfen diesen Tatsachen gegenüber nicht die Augen verschließen. Hier liegt ein Stück Verantwortung, das wir zu übernehmen haben. -kn-.

Fragen größten öffentlichen Interesses

Mannheim wählt am 31. Juli seinen neuen Oberbürgermeister

In der Sitzung des städtischen Verwaltungsrates Mannheim wurde der 31. Juli als Termin für die nach dem Tode von Dr. Cahn-Garnier erforderliche Neuwahl eines Oberbürgermeisters für die Stadt Mannheim beschlossen. Gleichzeitig wurde der Wahlausschuß und der Wahlvorstand gewählt. Vom 4. bis 10. Juli sollen die Wählerlisten ausgelegt werden. Die Oberbürgermeisterstelle wird ausgeschrieben.

Der Verwaltungsausschuß befaßte sich außerdem mit vier weiteren Tagesordnungspunkten, wobei drei Anträge der kommunistischen Stadtratsfraktion zu behandeln waren. Es wurde zunächst beschlossen, daß die Stadt für den Aufbau von 16 Läden längs der Breiten Straße die Selbstschuldenbürgschaft unter den Bedingungen übernimmt, daß die Kredite, falls sie die Mieter in Anspruch nehmen, in spätestens 3 bis 4 Jahren getilgt sein müssen. In sieben Jahre erlöschen die Verträge. Mieter, die mit ihren Zahlungsverpflichtungen in Verzug kommen, werden von der Stadt vorzeitig gekündigt und der Laden geht entschädigungslos in Stadteigentum über. Zum Aufbau sollen nur Firmen herangezogen werden, die ihren Sozialversicherungs- und sonstigen Steuerpflichten nachkommen.

Der Antrag der kommunistischen Stadtratsfraktion, der Verwaltungsrat solle die Wahl der Mitglieder des Friedensgerichtes zur nächsten Stadtratssitzung vorbereiten, war gestellt worden, um zu verhindern, daß bereits Nominierungen irgendwelcher Personen vorgenommen werden, ohne den Verwaltungs- oder Stadtrat rechtzeitig dazu Stellung nehmen zu lassen. Man einigte sich, nachdem vieles für und gegen Einzelrichter, für und gegen ein gemeinsames Richterkollegium gesagt worden war, auf folgenden Vorschlag, der die Zustimmung aller fand:

Es sollen vier Friedensrichter gewählt werden. Rechtsrat Geist wird als solcher bereits jetzt bestellt; er ist gleichzeitig Vorsitzender des Richterkollegiums. Die übrigen drei werden durch den Stadtrat gewählt. Das Kollegium tritt nur dann in Funktion, wenn erweiterte Zuständigkeit in Frage kommt. Außerdem soll in den Vororten, wo Gemeindesekretariate sind, Sühnetermine von Stadträten durchgeführt werden.

Der dritte Antrag der kommunistischen Stadtratsfraktion befaßte sich mit Aenderungsvorschlägen zur Hauptsatzung, um Unklarheiten in der Zuständigkeit und der Rechte des Stadtrates und der Ausschüsse zu beseitigen. Eine Angelegenheit soll dann aus der Behandlung des betreffenden Ausschusses herausgenommen werden, wenn es von mindestens fünf Stadträten verlangt wird. Damit würde erreicht, daß eine Angelegenheit nicht allein im Ausschuß durch Mehrheitsbeschluß erledigt wird, sondern vom Stadtrat noch einmal behandelt werden muß, wenn ein Teil des Stadtrates dies für notwendig hält. Außerdem soll alles, bevor es in die Ausschüsse verwiesen wird, dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben werden, damit dieser sich auch ein Bild von dem machen kann, was in der Verwaltung vor sich geht. Ebenso solle man den Ausschüssen nicht zu große Verfügungsrechte in finanzieller Hinsicht einräumen. Dies sei aber der Fall, solange in der Satzung der dehnbare Begriff — geldlich von erheblicher Bedeutung — nicht durch eine klare Abgrenzung, bis zu welcher Höhe Geld bewilligt wird, ersetzt worden sei. Nach ausführlicher Debatte über diesen Punkt wurde beschlossen, daß etwaige Aenderungen bis nach der Wahl des zukünftigen Oberbürgermeisters zurückgestellt werden sollen.

Polizei in der Entscheidung zwischen Demokratie und Reaktion

Polizeigewerkschaftler verteidigen ihre Organisation

Karlsruhe. Auf einer Konferenz der Gewerkschaft Oeffentliche Dienste (Fachabteilung Polizei) sagte der Vertreter der Bezirksleitung, Kleistenring, der Polizeibeamte müsse nicht als Büttel, sondern als Freund und Helfer der Bevölkerung gegenübertreten. Das soziale Gewissen, das die Polizeibeamten heute hätten, habe nichts mit einer Radikalisierung der Polizei zu tun. Da der Beamte aus dem Volke komme, sei er sich auch der Verantwortung gegenüber dem Volke bewußt.

Wenn die Angehörigen der Polizei durch ihre Stellung auch auf das Streikrecht verzichtet hätten, so sei es doch allen klar, daß sie ihre wirtschaftlichen Forderungen nur hätten durchsetzen können, weil sie in einer Gewerkschaft mit den übrigen Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Dienste vereinigt seien. Ihre Gewerkschaftskollegen hätten durch ihre Haltung auch die Forderungen der Polizeibeamten mit erkämpft.

Oberregierungsrat Hofmeister als Vertreter des Innenministeriums wandte sich dagegen, daß Differenzen von außen in die Polizei hereingetragen werden. Er forderte die Polizeigewerkschaftler auf, sich gegen die Bestrebungen der britischen Zone, zur Wehr zu setzen, die der Polizei ein anderes, nicht demokratisches Gesicht geben wollen.

Fachgruppenleiter Mäckle erklärte zu der immer wiederkehrenden Forderung des Verbots einer gewerkschaftlichen Organisierung der Polizeibeamten, sie sei ein Zeichen dafür gewesen, daß die Gewerkschaften erst recht notwendig seien. Dies beweise auch die Miegliederzahl, die sich seit dem Vorjahre von 6500 Kollegen auf jetzt nahezu 7500 erhöht habe, womit 80 Prozent der Polizeibeamten gewerkschaftlich organisiert seien. Die Entwicklunng in der britischen Zone, wo die Polizeibeamten einem Verbot derMilitärregierung zufolge sich nicht gewerkschaftlich organisieren durften, zeige heute schon die Folgen. Die militärischen Mätzchen ständen dort heute schon wieder in höchster Blüte. Im Hinblick auf die zahlreichen Besprechungen, die von verantwortlicher Regierungsseite hinter verschlossenen Türen über die Neuorganisierung der Polizei im künftigen Weststaat geführt wurden, forderte der Redner eine offene Diskussion über alle Probleme. Auch unter dem Deckmantel von „Fachkräften" dürften die alten Militärs nicht wieder in den Polizeiapparat eingeschleust werden, wie das manchenorts geschehen sei, wo die Polizei bald wieder so aussehe wie vor 1945. Unter dem Geschrei: Der Feind steht links, die Polizei ist radikal, werde dem viel schlimmeren Feind von rechts Gelegenheit gegeben, im Trüben zu fischen und der Versuch unternommen, die Polizei zu einem Instrument „für alle Fälle" zu machen. Eine Polizeivorschule lehnte der Redner als Vorbereitung zur Kasernierung ab.

Der Landtagsabgeordnete der DVP, Dr. Keßler, äußerte, er betrachte die fortgesetzte Polemik seines Fraktionskollegen Bernhard gegen Dr. Kienle bezw. das Innenministerium als dessen persönliche Angelegenheit.

Eine Frage des als Gast anwesenden Karlsruher Stadtrats Diez an die englischen Gäste, wieso in der britischen Zone bei der Polizei zahlreiche militaristische und nazistische Elemente Einfluß gewinnen konnten, wurde von dem früheren Leiter des Amtes für Sicherheit bei der britischen Militärregierung, Harrison, dahin beantwortet, er sei gekommen, um über die englische Polizei zu sprechen und nicht über die deutsche Polizei.

Reichsbahn sabotiert Landtagsgesetz

In Württemberg-Baden warten heute noch 27 000 Arbeiter der Reichsbahn auf die Bezahlung des 1. Mai. Die Hauptverwaltung der Reichsbahn ist der Meinung, daß für sie nur die Tarifordnung von 1938, nicht aber das Gesetz des württembergisch-badischen Landtages, wonach der 1. Mai auch in diesem Jahr bezahlt werden muß, gültig ist. Ausgerechnet ein staatlicher Betrieb darf es sich erlauben, die Gesetze einer rechtmäßig gewählten Volksvertretung einfach zu sabotieren.

Das Arbeitsgericht in Stuttgart wurde von den Gewerkschaften zwecks einer Entscheidung, ob die nazistische Tarifordnung von 1938 über das Gesetz des Landtages geht, angerufen. Das Arbeitsgericht konnte noch zu keiner Entscheidung kommen und hat die Sache vertagt. Inzwischen können sich die Reichsbahnarbeiter einen Vers auf die Art und Weise, wie Gesetze, die im Interesse der Arbeiterschaft liegen, eingehalten werden, selbst machen.

Es ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen!

Spottlöhne für Jugendliche in einem Weinheimer Kleinbetrieb

Nach der Währungsreform gab es bestimmt genügend Betriebe, die in Schwierigkeiten geraten sind. Die Statistik der Konkurse und der zu Protest gehenden Wechsel vermittelt darüber einen Einblick. Daß die Kleinbetriebe an erster Stelle mit ihren Existenzsorgen stehen, ist nicht unbekannt. Sie stellen wohl den größten Teil der Betriebe, die inzwischen eingegangen sind. Es gibt viele, die am Rande des Abgrunds stehen und mit allen möglichen Mitteln versuchen, nicht in ihn hinabzufallen. Um es zu verhindern, wird eine Methode, die nicht besonders neu ist, angewandt, nämlich nach Möglichkeit der Lohn gedrückt.

Einen solchen Fall haben wir auch im Birkenauer Tal bei Weinheim. Dort ist die Handweberei Wahl. Sie beschäftigt vier bis fünf Mädels, 15- bis 16jährig, die einen Stundenlohn von nicht mehr als 18 bis 28 Pfennig erhalten. Das ist eine Unmöglichkeit, und wenn wir noch so sehr Verständnis für die Schwierigkeiten eines Betriebes haben, dafür gibt es keine Rechtfertigung Löhne von 18 bis 28 Pfennig, auch wenn es sich um jugendliche Arbeiter handelt, sind Hungerlöhne, bei denen jeder Vergleichsmaßstab fehlt. Im Jahre des Heils — im Jahre 1949 des Marshallplanes — werden die Zeiten frühkapitalistischer Kinder- und Jugendausbeutung einfach übertroffen.

Für viele kleine Unternehmer sind keine guten Zeiten. Sie werden von den Großen als erste Opfer wirtschaftlicher Schwierigkeiten und der sich durchsetzenden Krise aufgefressen. Aber bis zum Untergang klammern sie sich an die Vorstellung, daß sie zu den Großen gehören und auf deren Seite stehen müssen. Sie sollen sich keiner Täuschung hingeben. Sie kommen so und so unter den Schlitten. Mit den kleinen Unternehmern ist die in ihren Betrieben beschäftigte Arbeiterschaft mit in den Strudel gezogen. Am Ende steht für die Arbeiterschaft die Erwerbslosigkeit, unabhängig davon, ob sie vorher Wochen und Monate zu Löhnen gearbeitet hat, die unter der Arbeitslosenunterstützung liegen.

Theater und Filme

Nationaltheater

Premiere „La Bohème"
Oper von Giadomo Puccini

Henri Murgers romantisierende „Szenes de la Vie de Bohème" (Szenen aus dem Leben der Künstler) wären vielleicht heute schon vergessen, hätte nicht ein Meister, wie Puccini, eingedenk des Hungers der eigenen Jugend, sich des Stoffes bemächtigt und daraus jenes bezaubernde Werk geschaffen, das die Welt heute unter dem Namen „La Bohème" kennt. Das Libretto freilich schiebt mehr in den Vordergrund die poetische Liebe des Dichters zu der schwindsüchtigen Näherin in der eisigen Dachkammer, kontrastiert durch das leichtlebigere Paar des Malers und der ungetreuen Musette; nur im zweiten Bild, vor dem Café Momus, tanzt der bunte Montmartre-Reigen der Pariser Grisetten, Dandys und Künstler einmal vorbei. Die intuitive Meisterschaft Puccinis schuf zu diesen Szenen aus der „Bohème" eine Musik von einer blühenden Leuchtkraft, einem überströmenden Melos und wahrhaft sinnlichem Klangreiz, die dieser Oper noch lange eine große Gemeinde erhalten wird. Die Premiere selbst, von Richard Laugs musikalisch und Hartmut Boebel szenisch betreut, fand ein starkes, ein herzliches Echo, das bereits nach dem ersten Bild sich in wiederholten Beifallskundgebungen äußerte. Stradmanns weich timbrierter, lyrischer Tenor holte sich in der Partie des Rudolf einen verdienten Erfolg. Im Abstand folgten Gertrud Jene (Mimi), Theo Lienhard (Marcel), Lieselotte Buckob (Musette). Der stimmgewaltige Schweska schuf einen lebensfrohen, vitalen Schaunard. Zuckmayers Bühnenbild hatte Atmosphäre, das dritte Bild erreichte eine beinahe Girodinsche Gespenstigkeit. Es gab zahllose Vorhänge.

Vorschau des Nationaltheaters

Am Freitag, dem 24. Juni, bringt das Ensemble des Württembergischen Staatstheaters Stuttgart das Schauspiel „Schmutzige Hände" von Jean-Paul Sartre im Nationaltheater zur Aufführung. Als letzte Schauspielpremiere der Mitte Juli zu Ende gehenden Spielzeit 1948/49 inszeniert Intendant Richard Dornseiff das Lustspiel „Was ihr wollt" von W. Shakespeare. Am 9., 10. und 13. Juli geht im Schloßtheater Schwetzingen Mozarts Singspiel „Die Entführung aus dem Serail" in Szene. Ferner führt das Nationaltheater z. Z. abschließende Verhandlungen mit dem Schauspielerehepaar Albert und Else Bassermann, wegen mehrerer Gastspiele, die für Anfang September des Jahres in Aussicht genommen sind. An Stücken sind die „Gespenster" von Henrik Ibsen und „Der Raub der Sabinerinnen" von Franz und Paul Schönthau vorgesehen.

Alster: „Die Entscheidung"

Metro-Goldwyn-Mayer-Produktion, Pittsburg, Phase des amerikanischen Frühkapitalismus. Rauchende Hochöfen eines Stahlverhüttungswerkes geben die Kulisse ab für die romantische, stark von Puritanismus und Sentimentalität durchsetzte Liebesgeschichte eines unendlich gutherzigen Kapitalistensohnes und einer sehr selbstlosen Dienerin seines Hauses, einem Arbeitermädel, das bemerkenswerterweise vor seinem Heiratsantrag zunächst flieht. Der Knoten der Handlung löst sich beinahe, da schürzt er sich wieder durch einen Streik, Gewehre uniformierter Gesetzeshüter knallen, es ist zwar ein Mißverständnis, aber es gibt Tote auf beiden Seiten, die Väter beider Liebenden fallen. Die selbstlose Dienerin, von dem verblichenen Dienstherren mit dem großzügigen Legat von 2 Millionen bedacht, bringt es zuwege, das auseinanderfallende Vermögen und damit das Werk zu retten und erhält dann auch ihren Lohn im Ehebett. Versöhnlerischer Zuckerguß auf allen Gegensätzen, made in USA. Greer Garson, mit einem Garbogesicht, ist die treue Dienerin, Gregory Peck, der sympathische Kapitalistensohn, das bürgerliche Milieu ist trefflich gezeichnet, die Photographie bestechend.

Palast: „Der Weg nach Marokko"

Eine famose Story von zwei Schiffbrüchigen, die in ein Kalifat vom Muster „Märchen aus 1000 und einer Nacht" verschlagen werden und da tolldreiste Abenteuer erleben. Sprechende Kamele, welche das Tun der Menschen glossieren und auch sonst der handfeste, amerikanische Humor, der vor nichts halt macht, auch nicht vor den eigenen Schwächen. Der glatte Bing Grosby, singender Herzensbrecher und Dorothy Lamour, schön wie eine Odaliske, stehen im Mittelpunkt dieser herrlichen Parodie des Orients.

Capitol: „Wiener Melodien"

Eine Wiener Soubrette starb bei der Geburt von Zwillingen weiblichen Geschlechtes, die sich so ähnlich sehen, „wie zwei Zwetschgen", — dies geschmackvolle Zitat ist wörtlich. Leider vermachte die verewigte Soubrette ihr Gesangstalent auf beide Schwestern, welches Doppel vonn Elfie Mayerhofer, in Frisur und Kostümierung etwas nuanciert gleichzeitig gespielt wird und ihr Gelegenheit gibt, einmal als Viktoria im Salzburger Dom vor einer Schar vorschriftsmäßig gerührter Komparsen das Ave Maria (Bach — Gounod) zu singen, und zum anderen Male als Lili, als kesse Diseuse in Wiener Nachtlokalen die Männer zu begeistern. Johannes Heesters ist auch mit von der Partie, er singt leider nicht, dafür um so ausgiebiger Elfie. Auch in der Regie regiert ein Doppel, Theo Lingen und Hubert Marischka, die sich mit diesem Erzeugnis wenig Dank verdient haben.

Müller-Lichtspiele: „Die Zaubergeige"

Dieser Film, vor 5 Jahren bei der Premiere stürmisch beklatscht, hält dem heutigen Auge nicht mehr stand, die romantisierende Verklärung der Vergangenheit, die romantisierende Stilart ist tot, wir brauchen einen veristischen Stil. Der Regisseur, Herbert Maisch, bewies auch hier wieder, wie weit entfernt er vom eigentlich Filmischen ist, und wie sehr er am Theater klebt, es ist alles Staffage, schrecklich geklebte Bärte, photographiertes Theater. Will Quadflieg, als besessener Geiger, der die Stradivari stiehlt, kann nicht überzeugen, dies war einer Aufgabe eines Konrad Veidt würdig. Der Film findet heute keinen Widerhall mehr.

Die **Alster-Lichtspiele** bringen Freitag, den 24. Juni, den preisgekrönten französischen Film „Kinder des Olymps" in deutscher Sprache mit Jean Louis Barrault zum Einsatz. Der Film behandelt dasselbe Sujet, das seinerzeit Hans Steinhoff in seinem Werk „Tanz auf dem Vulkan", das Leben des großen Komödianten und revolutionären Pamphletisten Debureau, mit Gustav Gründgens gestaltete.

Franz Mohr

Berichtigung

In der Besprechung der Premiere des Theaters des Volkes „Charleys Tante" in unserer letzten Ausgabe Nr. 24 vom 17. 6. 49 hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Die Inszenierung Günther Roeders, der als millionenschwere Pseudeotante der nervus rerum der Aufführung war, verschleppte Tempi und Pointen. Rudi Burow gefiel sich als Mr. Spettigue in einigen nicht sehr geschmackvollen Clownerien.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Journalistische Falschmünzerei

Chinesische Revolution und „Stuttgarter Zeitung"

Der amerikanische Botschafter in China, Leigthon Stuart, will sich in Washington für die Anerkennung einer Regierung Mao-Tse-Tungs einsetzen. In der gleichen Rede meinte er, daß der Eindruck, den die chinesischen Kommunisten auf die Weltöffentlichkeit gemacht hätten, weniger gut sei als der, den die in China lebenden Ausländer hätten gewinnen können. Der USA-Botschafter hat wohl den Eindruck im Auge, den Chinas Revolutionäre auf gewisse Stellen in den westlichen Hauptstädten machten. Im übrigen nämlich mußte, ob sie es wollte oder nicht, die Weltpresse die Größe der chinesischen Revolution, ihr atemberaubendes Tempo, die schnell einkehrende Ordnung und die hohe Moral der Revolutionsarmeen Mao-Tse-Tungs bewundern. Was man im Washingtoner Staatsdepartement nicht bewundert, und was auch voll begreiflich ist, das ist die Tatsache, daß man mit der eigenen Politik im Fernen Osten absolut Schiffbruch erlitten und nicht nur einen Riesenmarkt und ein Ausbeutungsfeld, wie es in der Welt nicht mehr existiert, verloren hat, sondern auch in seinen Träumen über eine amerikanische Weltherrschaft a la Truman-Doktrin aufgeschreckt worden ist.

In jener fraglichen Rede, die der US-Botschafter vor chinesischen Kaufleuten und Intellektuellen vor seiner Abreise nach Washington gehalten hat — er will dort über die wirkliche Lage in China berichten — forderte er „alle liberalen und christlichen chinesischen Intellektuellen" auf, die neuen Behörden vorbehaltlos zu unterstützen, sich an der neuen Verwaltung zu beteiligen, um „einen mäßigenden Einfluß auf die Politik der Kommunisten auszuüben". Soweit haben wir die Darstellung der „Stuttgarter Zeitung" entnommen. In allen übrigen Blättern haben wir das gleiche gefunden, denn es handelt sich um eine AFP-Meldung.

Die „Stuttgarter Zeitung" leistet sich in der Kommentierung dieser Rede des chinesischen US-Botschafters eine journalistische Infamie. Unter der Ueberschrift „Schanghai und Nürnberg" knüpft sie an die Empfehlung des US-Botschafters, „einen mäßigenden Einfluß auszuüben", die Bemerkung, „nach den Erfahrungen, die man in Deutschland mit solchen Bremsversuchen gemacht hat, sind sie nicht gerade aussichtsreich". Wir glauben dies, übersehen dabei aber nicht die Gleichstellung, die dabei das neue China mit Hitlerdeutschland erfährt. Darin liegt nicht nur eine Gemeinheit, sondern auch eine schwerwiegende politische Fälschung. Nicht das demokratisch-kommunistische China Mao-Tse-Tungs, sondern das bisher von den Westmächten ausgehaltene Tschiang-Kai-Schek-Regieme verkörperte alle Eigenschaften des Verwerflichen, wie sie dem Hitlerregieme in Deutschland eigen waren. Die Chinesische Revolution hat Korruption, Terror, geistige Inquisition gebrochen, Unfähigkeit, Chaos und maßlose Mißachtung des chinesischen Volkes beseitigt und ist im Begriff, ein neues Leben in demokratischer Freiheit zu schaffen.

Zum Schluß der Auslassung der „Stuttgarter Zeitung" kommt — auf deutsch gesagt — eine seltene Unverschämtheit. Wir lesen: „Bemerkenswert aber ist es, daß in Schanghai ein amerikanischer Diplomat gerade das empfiehlt, was amerikanische Richter im Wilhelmstraßen-Prozeß zum Nachteil der Angeklagten, darunter des früheren Staatssekretärs Weizsäcker, nicht als Entschuldigungsgrund haben gelten lassen wollen."

Wir haben es mit einer journalistischen Falschmünzerei reinsten Wassers zu tun. Die Inkarnation des Bösen bei Hitler soll der Leserschaft stillschweigend als Erscheinung der chinesischen Revolution suggeriert werden.

Es gibt keine Parallele zwischen Mao-Tse-Tung, zwischen Faschismus und Kommunismus. Eine Parallele aber zwischen Hitler und Tschiang-Kai-Schek, den Verderbern ihrer Völker, besteht. Sie besteht nicht nur in Aeußerlichkeiten, sondern auch in den Grundlagen, die beide Diktatoren als geschichtliche Erscheinung ermöglichen. Die untergehende verfaulende Welt des Kapitalismus hat uns die Unmenschlichkeit faschistischer Diktatoren beschert. Der Atem der chinesischen Revolution ist rein. Geist und Gesinnung des Artikelschreibers in der „Stuttgarter Zeitung" sind es nicht

-ym-

Rattengift und Glockengeläute

In einem Ort bei Augsburg schüttete eine Bauersfrau den bei ihr untergebrachten Flüchtlingen, einer Greisin von 77 Jahren und deren herzkranken Tochter, Rattengift in den Kaffee, um die ungebetene Einquartierung loszuwerden.

In Köditz bei Hof bewies der Glöckner seine christlich-soziale Denkungsart dadurch, daß er 200 Einwohnern des Dorfes durch das Läuten der Glocken das Angriffssignal gab, gegen die aus einer baufälligen Baracke in eine Gemeindewohnung umziehende achtköpfige Familie tätlich vorzugehen.

Die Mühseligen und Beladenen dürften mit solchen Methoden wohl kaum erquickt werden.

Eine nicht mehr zu übersehende Realität

Das neue China vor der Anerkennung — Der Imperialismus hat eine entscheidende Weltschlacht verloren

Die Westmächte kommen nicht um die Tatsache des neuen Chinas herum. Das demokratisch-kommunistische China ist eine Realität, die zu ignorieren man auf die Dauer nicht ungestraft tun darf. Diese Erkenntnis setzt sich allen gegenteiligen Strömungen zum Trotz durch. Man will wissen, daß Außenminister Acheson während der Pariser Außenministerkonferenz in Wiedergabe einer Stellung des State Department's gegenüber britischen und französischen Stellen zu verstehen gegeben habe, daß im Falle der Bildung einer chinesischen Exilregierung, diese nicht die Unterstützung der USA finden werde. Von nationalchinesischer Seite ist unter Ausnützung bestimmter amerikanischer Kreise der Versuch gemacht worden, die USA-Regierung für eine nationalchinesische Exilregierung einzuspannen. In diesem Punkte scheint eine nüchterne Betrachtungsweise über Ambitionen einer abenteuerlichen Politik gesiegt zu haben.

Was dabei erzählt wird über Erfahrungen, die man mit Exilregierungen gemacht habe, ist gewiß richtig, doch dient es mehr der Bemäntelung des Eingeständnisses, zu dem man gezwungen ist, das neue China nicht mehr übersehen zu dürfen und in naher Zukunft anerkennen zu müssen.

Mao Tse Tung erklärte seine Bereitschaft mit den ausländischen Staaten die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen, unter der Bedingung, daß diese ihre Beziehungen mit Tschiangkaischek abbrechen.

Für August ist eine Konsultativkonferenz in Nanking geplant. Auf ihr wird die chinesisch-demokratische Volksrepublik ausgerufen und voraussichtlich eine Koalitionsregierung gewählt.

Die Frage der Regierungsbildung im neuen China ist nicht abhängig von der Beendigung der militärischen Operationen. Obwohl zu erwarten ist, nachdem bereits demokratisch-kommunistische Verbände unmittelbar vor den Toren Kantons operieren, daß bis dahin keine nennenswerten militärischen Unternehmungen noch notwendig sein werden.

Frauenrevolte in Amerika

Clinton ist ein weltverlorenes Nest im Staate Virginia mit einigen tausend Einwohnern, die sich bisher willig von einem Bürgermeister und fünf Stadträten regieren ließen. Das war immer so gewesen und mußte wohl immer so sein, obschon Clinton schmutzig ist, keine geregelte Wasserversorgung hat, und keine Spielplätze und völlig unzulängliche Schulen. Die Frauen fanden, daß da doch einige Veränderungen nötig seien, und legten dem Bürgermeister und seinen Stadträten nahe, doch einmal etwas für Clinton, seine Frauen und Kinder zu tun, statt immer nur die Interessen der Männer zu berücksichtigen. Sie erhielten zur Antwort, sie sollten sich um ihre Kochtöpfe kümmern und nicht ihre Nasen in Dinge stecken, die sie nichts angingen. Das machte die Frauen böse, und der einzige Frauenklub der Stadt wurde zu einem Verschwörernest gegen die überheblichen Männer.

Still und heimlich beschlossen die Frauen, für die nächsten Kommunalwahlen ihre eigenen Kandidaten aufzustellen, aber ihre Pläne bis zum Vorabend der Wahlen geheimzuhalten. Erst dann gaben sie die Namen ihrer Kandidaten öffentlich bekannt, zum Gaudium der Männer, die das Ganze für einen guten Witz hielten, bis — am Abend die Stimmen gezählt wurden und sich herausstellte, daß Clinton nunmehr eine Bürgermeisterin haben würde und fünf weibliche Stadträte. Die Bürgermeisterin heißt Sis Müller und hat bereits die von den fortschrittlichen Frauen angestrebten Reformen eingeleitet, so daß Clinton erheblich verschönert werden dürfte.

Ein Weltkrieg soll Chinas Millionäre retten

Einen aufsehenden Bericht bringt das britische Regierungsorgan „Die Welt" von dem UP-Korrespondenten, Arthur Goul, aus Hongkong: „Die obersten Führer der chinesischen Nationalregierung sehen ihre einzige Hoffnung in der Wiedereroberung Chinas und einem neuen Weltkrieg. Einige Amerikaner, die in diesem Teil „Der Welt" offizielle Stellungen begleiten und durch ihre Berichte die Politik des US-Außenministeriums sehr beeinflussen, behaupten, daß die Kuomintang Anstrengungen macht, den chinesischen Bürgerkrieg zu einem Weltaufruhr auszuweiten.

So viel ich in Erfahrung bringen kann, besteht kein sichtbarer Grund das zu glauben. Wenn jedoch später einmal Einzelheiten über die geheime Tätigkeit amerikanischer Behörden im Orient veröffentlicht würden, müßte sich ein Teil der Berichte ohne Zweifel mit den bereits fertiggestellten amerikanischen Plänen für das Rote China beschäftigen, welche die Verstärkung der antikommunistischen Hintergrundtätigkeit anstreben."

In diesem Zusammenhang ist eine Meldung des Pekinger Senders interessant, die von der Aufdeckung eines amerikanischen Spionageringes in der Mandschurei berichtete. Drei Agenten, ein Japaner, ein Mongole und ein Chinese, seien bei ihrer Festnahme im Besitz von amerikanischen Funkstationen und Empfängern, sowie geheimer Codebücher und Dokumente des amerikanischen Spionagedienstes gewesen. (DPD)

Die „seriöse" Auslandspresse

Die dem französischen Außenministerium nahestehende Zeitung „Le Monde" genießt im ganzen „abendländischen Kulturkreis" den Ruf eines „seriösen" Blattes, an dessen Objektivität zu zweifeln als Ketzerei ausgelegt wird. Wie „objektiv" die großen Auslandsblätter über Vorgänge berichten, die ihre Leser im eigenen Lande schwer nachprüfen können, zeigt eine Meldung über Max Reimann in „Le Monde" vom 29./30. Mai 1949. Dort wird behauptet, daß Max Reimann „nicht am Begräbnis seines Bruders teilgenommen hat." Wörtlich heißt es dann:

„Max Reimann der heimlich nach der letzten Sitzung des Parlamentarischen Rates Bonn verlassen hatte, um sich einem Verhaftungsbefehl der britischen Behörden zu entziehen, ist es gelungen, die sowjetische Besatzungszone zu erreichen, und er wird an der morgigen Eröffnung des Deutschen Volksrates teilnehmen."

Wir überlassen es getrost dem Leser, sich seine eigene Meinung über die „Seriösität" der großen Auslandspresse zu bilden.

Heidelberger Studenten und Demontage

Studenten der Heidelberger Universität richteten an die Arbeiter der Chemischen Werke in Bergkamen, deren Betrieb im Rahmen des Abbaues der Fischer-Tropsch-Anlagen demontiert wird, ein Telegramm. Darin erklären sie den dortigen Arbeitern ihre volle Unterstützung beim Kampf gegen die Demontage und sprechen die Hoffnung aus, daß es der Belegschaft gelingen möge, den Werktätigen die Arbeitsstätte zu erhalten.

Inzwischen wird unter dem Schutz von Panzern und Maschinengewehren demontiert. Die Studenten haben in dem Bergkamer Beispiel eine neue Illustration für die „Freiheit" im Westen.

Skandale dankbarer als „Fair Deal"-Programm

Um die Untersuchungen gegen Lilienthal und Johnson zu Ende zu führen, wird der Kongreß viele Wochen brauchen, während deren die Aufmerksamkeit des Publikums davon abgelenkt wird, daß das Trumansche „Fair Deal"-Programm, wenn überhaupt, so nur sehr langsam, Fortschritte macht, und im Wahlkampf von 1950 — Neuwahl des Abgeordnetenhauses und eines Drittels des Senats — dürften sich die Enthüllungen von „Skandalen" dankbarer erweisen als die Verabschiedung von Gesetzesvorlagen, die immer neue Millionen von Dollars kosten. Neue Züricher Zeitung.

Will Bevin abdanken?

Auf dem Kongreß der Labour-Party in Blackpool erklärte Bevin: „Wenn ich meinen jetzigen Posten verlasse, so habe ich doch mein Bestes getan, um meinem Nachfolger feste Grundlagen zu hinterlassen." Uns scheint, die Grundlagen des britischen Imperiums haben im fernen Osten angefangen zu schwimmen.

Angriff auf die Pressefreiheit

Geht die Justiz den Weg wie in der Weimarer Zeit?

„Betrogene Betrüger" — so lautete die Ueberschrift eines Artikels in der „Volksstimme" vom 27. November 1948. Darin wurde von einigen Direktoren der Robert Bosch GmbH. gesagt, daß sie mit der beabsichtigten Gründung eines Bosch-Werkes im Saargebiet versuchten, „auf dem Wege über den neuerlichen Anschluß des Saargebietes (an Frankreich. die Red.) ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen". Der damals verantwortliche Redakteur der „Volksstimme", Hans van Dyck, war in der Verhandlung 1. Instanz in Stuttgart, die von mehreren Bosch-Direktoren angestrengt worden war, daraufhin zu 300 DM Geldstrafe verurteilt worden. Hans van Dyck beantragte Revision und wurde nun vom Landesgericht Stuttgart in 2. Instanz zu 500 DM Geldstrafe, ersatzweise 50 Tage Gefängnis verurteilt.

Das Gericht erblickte im Gegensatz zur ersten Verhandlung die formale Beleidigung der Herren Direktoren nicht nur in der Ueberschrift, sondern auch in der Feststellung des Artikels, daß von der Bosch-Direktion bei dem Saarprojekt das deutsche Interesse leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurde. In der Urteilsbegründung wurde die Wahrnehmung berechtigter Interessen bei der Abwägung der Güter- und Pflichtentrennung praktisch so ausgelegt, daß der Ehrenschutz der Bosch-Direktoren höher stehe, als die vom Angeklagten vorgebrachten Interessen der vieltausendköpfigen Bosch-Belegschaft und des Volkes. Die Wegnahme der ins Saargebiet gebrachten Maschineneinrichtungen und Vorräte sei nicht der Mühe wert gewesen, einen Artikel von solch grundsätzlicher Bedeutung darüber zu schreiben. Wenn sich der Angeklagte darauf „hinausrede", daß der Artikel im Rahmen des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht geschrieben worden sei, so lägen auch hierzu keine berechtigten Interessen vor. Dies sei keine Angelegenheit der Allgemeinheit, sondern nur einer Partei gewesen. Ist es dem Herrn Vorsitzenden unbekannt, daß in einem besonderen Artikel der Württembergisch-badischen Verfassung das Mitbestimmungs- bzw. Mitwirkungsrecht der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe festgelegt ist?

Von den organisiert auftretenden Bosch-Direktoren und ihren Beratern wurde immer wieder versucht, politische Momente in die Verhandlung hineinzutragen. In der Berufungsbegründung war bereits der Gutgläubigkeit des Redakteurs bei der Wahrnehmung berechtigter Interessen widersprochen worden, weil er Kommunist sei und indirekt die Objektivität des Gerichts 1. Instanz angezweifelt habe. Einer Anfrage, warum man nicht gegen das Gutachten des Wirtschaftsministers Veit protestiert habe, wurde vermieden. (Dazu im Gerichtssaal beiseite Dr. Fischer: „war ja zwecklos" — Baurat Fischer: „Weil er ein Sozialdemokrat ist"). Noch bezeichnender in dieser Hinsicht ist, daß die Bosch-Direktion beim Journalistenverband anfrug, welcher Partei der als Sachverständiger zu hörende Justitiar dieses Verbandes angehöre! Der Sachverständige stellte fest, daß die Pflichten eines Redakteurs vom Angeklagten nicht verletzt wurden. Er hielt — im Gegensatz zum Gericht — die Angelegenheit des Saarwerkes für die gesamte deutsche Industrie von ungeheurer Bedeutung und vertrat die Meinung, daß ein Redakteur sogar die Pflicht habe, die Oeffentlichkeit über derartige Vorkommnisse zu unterrichten. Einen Journalisten wegen dieser Unterrichtung zu verurteilen, sei wenige Wochen nach der Verkündung der deutschen Pressefreiheit ein Unding.

Das Gericht sprach jedoch dem Angeklagten den Schutz des Pressegesetzes nicht zu, weil dieses zur Zeit der Veröffentlichung des Artikels noch nicht bestanden habe. Das nicht ältere Bonner Grundgesetz mit seiner darin erwähnten Unantastbarkeit der Würde der Person wurde jedoch für die Bosch-Direktoren in Anspruch genommen. Das Urteil gibt Anlaß zu stärksten Bedenken, ob bei einer solchen Justiz die Pressefreiheit gut aufgehoben ist. Das Urteil gegen Hans van Dyck spricht somit der Presse das Recht ab, welches sie nach dem Pressegesetz haben soll, nämlich auch Ankläger zu sein!

Die Pressefreiheit ist schon nach 14-tägigem Inkrafttreten durch dieses Urteil stärkstens erschüttert. -o-

England sichert sich sein Panama

Die Emanzipation der Cyrenaika unter der Regie von Stammesfürsten der Senussi und mit dem Segen Großbritanniens stellt natürlich nichts anderes dar, als den Versuch der Briten, diese wichtige strategische Schlüsselstellung im Mittelmeer in ihrem Besitz zu behalten, ohne zu einer direkten Annektierung dieser von Arabern bewohnten, ehemaligen Kolonie Italiens schreiten zu müssen. Die Senussi hatten den Italienern bereits nach der Eroberung Tripolitaniens und der Cyrenaika im türkisch-italienischen Krieg 1912/13 viel zu schaffen gemacht und sie waren den Briten nun ein willfähriges Mittel zum Zweck. Die arabische Welt weiß ganz gut, daß die Angelsachsen, wie schon in früheren Fällen z. B. mit Abdullah von Transjordanien oder Ibn Saud die Rivalitäten der autokratischen Araberfürsten für ihre kapitalistischen Interessen ausnutzen. Die sogenannte „Souveränität" der Cyrenaika ist natürlich nur eine Tarnung für den wahren Beherrscher dieser wichtigen strategischen Stellung im Mittelmeer. Englands Schachzug ruft die Erinnerung wach an eine ähnliche Transaktion der Amerikaner, die, bald ein halbes Jahrhundert zurückliegend, nicht weniger alle Merkmale des Imperialismus und der Vergewaltigung kleiner Nationen zeigte. Die Vereinigten Staaten wollten Atlantik und Pazific durch einen Kanal über die Landenge von Panama verbinden. Das Gebiet, durch das der Kanal gebaut werden sollte, gehörte der Republik Columbien. Die USA hatten wohl einen Vertrag mit Columbien gemacht, aber dieser Vertrag wurde nicht nur wegen finanzieller Fragen, sondern auch wegen einiger Bestimmungen, die die Souveränität Columbiens verletzten, von der öffentlichen Meinung des Landes abgelehnt, und trotz verschiedener mit unverblümten Drohungen nicht sparender Noten Washingtons an den amerikanischen Gesandten in der columbischen Hauptstadt Bogota lehnte der Kongress Columbiens den Vertrag im August 1903 ab. Es wurde nun ein „Freiheitskampf" der Bevölkerung von Panama gegen die Unterdrückung durch Columbien mit amerikanischer Unterstützung und Bestechung von Beamten, Generälen und Truppen Columbiens vorbereitet und am 3. November 1903, nach dem Eintreffen amerikanischer Kriegsschiffe, brach die „Revolution" aus, durch die sich das Gebiet von Panama von Columbien lossagte, und zur „selbständigen" Republik erklärte. Die USA beeilten sich, die neue Republik Panama anzuerkennen, und nun konnte Washington die Abtretung der Kanalzone zu den von ihm diktierten Bedingungen erreichen. Der neue Vertrag mit Panama wurde bereits am 17. November 1903 trotz des Protestes von Columbien abgeschlossen. Der damalige Präsident Theodore Roosevelt war die treibende Kraft bei dem Druck auf Columbien und als dieser erfolglos blieb, bei der Schaffung der „unabhängigen" Republik Panama. Roosevelt hat sich später wiederholt mit dieser Leistung gebrüstet, u. a. auch in einer Adresse an die Universität von Kalifornien im März 1911, in der er sagte: „Ich bin am Panama-Kanal interessiert, weil ich ihn in Gang setzte. Wenn ich der konventionellen, überlieferten Methode gefolgt wäre, hätte ich ein würdiges Staatsdokument von etwa 200 Seiten dem Kongress unterbreiten müssen und die Debatte darüber würde jetzt noch andauern. Jedoch ich besetzte die Kanal-Zone und ließ den Kongress debattieren und während die Debatte fortschreitet, tut der Kanalbau es auch." Wie übrigens auch die Zeitgenossen die Errichtung der „selbständigen Republik Panama" beurteilten, zeigte ganz ungeschminkt eine wenige Tage nach dem Staatsstreich von Panama in einer amerikanischen Zeitschrift veröffentlichte politische Karikatur. Man sieht dort, wie ein amerikanisches Kriegsschiff gerade an der Küste von Panama vor Anker gegangen ist und über die herabgelassene Landungsbrücke eilt Präsident Roosevelt, ein langes Messer zwischen den Zähnen, mehrere Dolche im Gürtel und einen Revolver in der Faust an Land, wo ihn ein Aufständischer mit der Fahne der Republik Panama erwartet. Ein Eingeständnis der Schuld der USA an der Revolte und Losreißung Panamas von Columbien bedeutet ja auch der Vertrag, der unter Präsident Wilson mit Columbien abgeschlossen wurde und in dem Columbien noch nachträglich 25 Millionen Dollar als Entschädigung und für die nachträgliche Anerkennung der Unabhängigkeit Panamas erhielt. In Columbien hat man aber bis zum heutigen Tage diesen Beweis „guter Nachbarschaft" der Yankees aus dem Jahre 1903 nicht vergessen. Die imperialistische Politik, die damals unter Theodore Rooseveit begann, hat die USA inzwischen in eine Reihe weltumspannender Abenteuer verstrickt, vor deren Umfang und Tragweite das amerikanische Volk, das schließlich mit seinem Blut dafür bezahlen muß, in wachsende Unruhe und Besorgnis gerät. Wie lange wird es noch mitmachen?

Argus.

Britische Arbeiter enttäuscht

Offensichtlich liegen diesen Streiks (in England. Die Red.) immer stärker werdende Zweifel der britischen Arbeiter über die Vorteile, die sie durch die Labourregierung erhalten, zugrunde. Im besten Falle sind die Wahlversprechungen ihrer Führer nur zum Teil erfüllt worden. Der letzte Etat hat die Lasten für die niedrigste Einkommensgruppe nicht erleichtert, sondern tatsächlich gesteigert. Viele hatten erwartet, daß es ein leichter Weg sei und daß alle Angelegenheiten zu ihrem Vnrteil geregelt werden würden. Aber inzwischen stellte sich heraus, daß es nur langsam bergauf gehen wird. Diese Enttäuschung widerspiegelt sich in der Bereitschaft der Arbeiter, aus verhältnismäßig geringfügigen Gründen zu streiken.

„New York Herald Tribune".

Der sensationelle Aufstieg eines Profi

Ossy Rohr erzählt aus seinem Fußballerleben

Da sitzt er, der alte Kämpe des Fußballs, Held internationaler Sportkämpfe, einstmals im Brennpunkt der Reportagen der Presse und des Funks, Liebling des Publikums, im farbigen Dreß damals federnd und elastisch als Mittelstürmer über die Sportplätze der Welt rasend, umjubelt vom Beifall der Zehntausende. Da sitzt er, sonngebräunt, athletisch schlank, hinter einem kleinen mit Tipzetteln bedeckten Tisch seines Fußballtotos, in Zigarettenqualm gehüllt, von den Wettlustigen bedrängt, die ihn mit Fragen bestürmen, die er gleichmütig lächelnd beantwortet. Die Jahre haben ihm nichts anhaben können, man sieht es an dem glatten, kräftig geformten Gesicht, an der eisernen Ruhe, und dem klaren Blick seiner stahlgrauen Augen. Ist dies das Ende der Karriere des einst so gefeierten Mannheimers, das Ende einer beispiellosen Laufbahn in der Sonne des Erfolgs? Wohl kaum — der Mann, der da vor mir sitzt, hat noch ein Wort zu sagen, sein come back ist nicht zu bezweifeln! „Hallo", sage ich, und lege ihm die Hand auf die Schulter, „ich komme vom „Badischen Volksecho" und muß Sie unbedingt sprechen." „Gern", sagt Rohr bereitwilligst, „kommen Sie nachher in meine Wohnung, da können wir uns ungestört unterhalten." Zwei Stunden später sitzen wir uns in seiner behaglichen Wohnung gegenüber, bei einer duftenden Chesterfield. „Was wollen Sie hören", fragte er lächelnd. „Alles", sage ich mit Nachdruck, „vom Glück und Glanz und auch vom Abstieg". „Gut, also, hören Sie zu."

Klein aber oho

„Ich bin Fußballer aus Leidenschaft", beginnt Rohr, „von frühester Jugend an. Meine Mutter, die mich, als ich noch ein kleiner Hosenmatz war, Schnackel nannte, konstatierte dies mit Entsetzen, die zerrissenen Hosen und die zerbeulten Schuhe waren ihr eine Quelle ständigen Kummers. Aber dagegen war nichts zu machen, mit magischer Gewalt zog es mich zum Fußball. Ich mußte ans Leder tippen. So kaufte sie mir einmal, sich in ihr Schicksal ergebend, einen Fußballdreß, auf den ich mächtig stolz war, so stolz, daß ich mich weigerte, ihn wieder auszuziehen. Ich wollte mich damit ins Bett legen und nur mit Gewalt konnte man mich davon abbringen. Ich war ein Wunderkind, da war nichts zu machen, ich trotzte die Erlaubnis ab, in die Schülermannschaft des VfR einzutreten und nun legte ich los. Ich war klein, aber oho! 16jährig gehörte ich schon zur Liga-Mannschaft, als grüner Jüngling schielte

ich nicht nach den jungen Mädchen, sondern trainierte eisern, mit rücksichtsloser Härte gegen mich selbst. Ich kletterte von Stufe zu Stufe und spielte mit 17½ Jahren schon die ersten Repräsentativspiele von VfR für Mannheim, gegen die Städtemannschaften München, Karlsruhe und Saarbrücken. Wie Sie sich denken können, ging das nicht ohne persönliche Opfer, aber mein unbezähmbarer Drang nach oben, brachte mich rasch in die vorderste Reihe. Ein Proteststurm rauschte durch Mannheim, als der FC Bayern mich, der langsam ein Begriff in der Fußballwelt wurde, nach München lockte. — Ich war gerade 19 Jahre geworden. Mein Bruder reiste mir nach, i. A. Mannheimer Sportfreunde, um mich zurückzuholen; umsonst, ich blieb fest, ich hatte sozusagen Blut geleckt, mich lockte die Ferne. Das verstehen Sie doch? Das war übrigens 1930."

Sprung in den Film und in die Nationalelf

„Es gefiel mir ausgezeichnet in München", fährt Rohr fort, „schöne Stadt, hübsche Mädchen, gutes Bier, alles all rigth. Der FC Bayern ist ein famoser Verein. Wie aber die Sperre, Folge des Wegganges, überbrücken? Wie sich den lästigen Nachstellungen aus Mannheim entziehen? Ein großartiger Zufall kam mir zu Hilfe. Karl Seitz, einer der bekannten Regisseure der damaligen Bayerischen Filmgesellschaft rief mich an und bot mir einen Filmvertrag. Er drehte gerade „Die Mutter der Kompanie" mit Weiß Ferdl, Liane Haid und Paul Heidemann. Phantastisch, ich sagte mit Freuden zu, ging nach Geiselgasteig, dem Filmbabel Bayerns, und mimte dort den Putzer von Weiß Ferdl. Es ging sehr lustig zu, wir kamen aus dem Lachen nicht heraus. In einem anderen Film mit dem schauerlichen Titel „Hinter Klostermauern" spielte ich einen Meßdiener, das war zum Schreien komisch. Zurück wieder nach München, erstes Spiel beim FC Bayern gegen VfR Mannheim, und Endspurt um die Süddeutsche Meisterschaft. Dann im gewaltigen Rund des Nürnberger Stadions das spannende Match um die Deutsche Meisterschaft unter dramatischen Umständen vor einem tobenden Haufen von Zuschauern. Erste Halbzeit, Stand von 0:0 für Bayern, ein Elfmeter für Bayern. Niemand wollte den Ball treten, der Spielführer bestimmte den Jüngsten — also mich. Atemlose fiebernde Spannung, ich trete den Ball — Aufbrüllen der Massen — unhaltbar saust eine Bombe ins Netz. Damit hatte ich es geschafft, ich war Spitzenklasse, ich gehörte zur Nationalelf. Und dann folgte mein Debut in der Nationalmannschaft."

Fortsetzung folgt.

Das Porträt demokratischer Gralshüter

Die Rolle des Ministerpräsidenten Dr. Ehard im Dritten Reich

München. Die „Südbayrische Volkszeitung" veröffentlichte am Samstag einen Artikel unter der Ueberschrift „Der Mann der ‚Mitte' — Dr. Ehard verurteilt ‚Rassenschänder'". In diesem Artikel wirft das Blatt dem bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard (CSU) seine Tätigkeit als Senatspräsident der Berufungskammer des ehemaligen Reichsärzte-Gerichtshofes vor. Dr. Ehard habe 1943 als Senatspräsident der Berufungskammer des Reichsgerichtshofes ein Verfahren wegen „Rassenschande" gegen Dr. med. Neller, der mit einer Halbjüdin verheiratet war, wiederaufgegriffen und in der Berufungsinstanz eine exemplarische Strafe verhängt: In der Urteilsbegründung habe der damalige Tribunalvorsitzende Dr. Ehard wörtlich erklärt: „Die Geschlechtsgemeinschaft mit jüdischen Mischlingen widerspricht den grundlegenden NS-Grundsätzen der Reinerhaltung der deutschen Rasse. Ein deutscher Arzt hat vor allem zu zeigen, daß er in seinem persönlichen Leben den Anforderungen des NS-Staates entspricht." Zu den Funktionen Dr. Ehards als Präsident des Reichserbhofgerichtes und der Reichsschrifttumskammer, sowie als Kommentator des Reichserbhofgesetzes sei somit eine neue als Senatspräsident des Aerztegerichts hinzugekommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ein „Held"

Von Stefania Grodzienska

Noch einmal umarmten sie sich heiß und innig.

„Nun mußt du aber fort", sagte sie. „Nimm dich zusammen und geh jetzt, es ist schon spät."

„Mach dir keine Sorgen, mein Liebling, warte geduldig auf mich — es ist möglich, daß ich schon nach kurzer Zeit gesund und mit heilen Gliedern zurückkomme."

„Ich bin ja ruhig. Du aber sei tapfer wie immer. Ich werde in Gedanken bei dir sein."

„Wenn du wüßtest, um wieviel leichter es mir fällt, zu gehen, weil du so mutig bist."

Sie schauten sich lange und liebevoll in die Augen. Noch ein heißer Abschiedskuß und er verließ die Wohnung. Sie stand am Fenster, ihre Hand auf das unruhige Herz gepreßt, und schaute ihm traurig nach. Als er hinter der nächsten Straßenecke verschwunden war, wandte sie sich mit einem Aufseufzer vom Fenster ab, wischte ihre Tränen fort und setzte sich in einen Sessel.

Da kam ihr kleiner Junge und sprang ihr auf den Schoß. „Mutti", fragte er ganz leise, „ist Vati wieder fortgegangen?"

„Nein, mein Liebling, er ist nur in die Stadt gegangen, um etwas zu erledigen", log sie und wandte ihren Blick von dem Kinde ab.

„Ich glaube dir nicht, denn ich sehe doch, daß du geweint hast. Ich weiß, daß Vati wieder fortgegangen ist."

Sie streichelte das Kind und konnte nur mit Mühe ihre Tränen zurückhalten.

„Ich werde nicht weinen, Mutti", sagte der Kleine, „ich werde tapfer sein. Und wenn Vati etwas passiert, dann werde ich ihn wieder gesund pflegen. Ich weiß, daß ich der Sohn eines Helden bin, und werde genau so mutig sein wie er.

Sie schaute das Kind gerührt an.

„Komm, mein Junge, legen wir für alle Fälle Bandagen und Verbandszeug zurecht. Aber hoffentlich wird ihm nichts passieren", fügte sie schnell hinzu, als wenn sie damit alles Unglück von ihm abwenden könnte.

Sie öffnete die Hausapotheke und begann mit ihren geschickten Fingern Mullbinden zu wickeln, Gaze zu schneiden und die Pinzetten zu desinfizieren.

Diese traurige Beschäftigung wurde durch einen Telefonanruf unterbrochen. Sie lief atemlos an den Apparat und legte den Hörer ans Ohr. Eine Weile konnte sie vor Erregung nichts verstehen.

Das Kind stand auf der Schwelle, ohne daß es wagte, näherzukommen. Endlich legte sich ihre Aufregung etwas.

„Hallo", rief sie mit noch zitternder Stimme, „ja, hier ist seine Frau. Bitte sagen Sie mir die volle Wahrheit. Ich bin auf das Schlimmste gefaßt. Ja... Ja... Aber er lebt? Gott sei Dank! Schwer verletzt?... Aber bei Besinnung?... In welchem Krankenhaus?... Gut, ich komme sofort. Ich danke Ihnen, mein Herr. Bitte, ja. Ich höre. Noch etwas? Ihnen imponiert meine Haltung? Aber ich bitte Sie, mein Herr, das ist doch ganz selbstverständlich. Schließlich weiß ich doch, wie ich mich als Frau eines... Fußball-Schiedsrichters zu verhalten habe."

(Aus dem Polnischen von C. Poralla)

Die Macht des Aberglaubens

Aus dem Buch „Zusammenbruch" von Ricarda Huch

An einem dunklen, feuchten Vorfrühlingstage des Jahres 1649 kam in Aachen ein Schöffe in den Turm, wo die Gefangenen verwahrt wurden, um die Rechnung zu begleichen, die der Turmwart für Beköstigung der Gefangenen und andere Auslagen eingereicht hatte.

Da aus einem Nebenraum durchdringendes Geschrei ertönte, öffnete der Schöffe die Tür, um zu sehen, was das wäre. Vier bis fünf Kinder umtanzten ein blasses, mageres Geschöpf, das nur mit einem Kittel bekleidet und mit einer Kette an der Wand befestigt war, und hielten ihm eine Brotrinde hin, nach der es haschte, soweit die Kette ihm Spielraum gab; stolperte oder fiel es etwa gar, von der Kette im Laufe zurückgehalten, so brachen die Kinder in ein triumphierendes Geheul aus und verschlangen die hingehaltene Lockspeise selbst. Auf die Frage des Schöffen, was das vorstellte und was für eine verwilderte Kreatur das sei, erklärte der verlegene Turmwart, das sei das Hexenkind, das vor vier Jahren zum Feuertode verurteilt, aber dazumal nicht verbrannt worden sei, weil die Richter geurteilt hätten, vor dem zwölften Jahre dürfte ein Kind nicht als Zauberer oder Hexe justifiziert werden.

Der Schöffe sagte, er müsse sich sehr verwundern, daß ein guter katholischer Christ eine schädliche Hexenbrut bei seinen Kindern leiden möchte.

Nein, sagte der Turmwart: Das arme Kind sei scheu wie ein Vöglein, tue keinem was zuleide, seine Kinder vertrieben sich die Zeit damit, und er habe kein anderes Bedenken, als daß seine Rangen es, oft gar zu arg, mißhandelten.

Wann denn das Kind das zwölfte Jahr erreicht haben würde, erkundigte sich der Schöffe. Dem Aussehen nach könne es sich nicht mehr als sechs zählen.

Es sei an der Kette nicht so recht fortgekommen, sagte der Turmwart.

„Der Teufel wird auch seine Hand im Spiele haben", sagte der Schöffe und ging fort, um dem Gericht anheimzugeben, daß der Fall in Ordnung gebracht würde.

Gleich am folgenden Tage begaben sich zwei Richter in den Turm, setzten sich vor das angekettete Kind und fragten, ob es wisse, daß seine Mutter eine Hexe gewesen sei. Das Kind sah die Herren eine Weile groß an, allmählich zog ein Lächeln über sein Gesicht und es nickte, worauf die Herren sich einen bedeutsamen Blick zuwarfen, und spöttisch auflachten. Ob seine Mutter sie oft mit zum Tanze genommen hätte? fragten sie weiter. Das Kind nickte mit glänzenden Augen. Als einzige Erinnerung von den Verhören, die vor Jahren stattgefunden hatten, war ihm das nächtliche Tanzen geblieben, von dem soviel die Rede gewesen war, und in seiner langen dunklen Einsamkeit hatte es sich ein liebliches Bild von seiner Mutter gemacht, wie sie auf duftender Wiese einen Reigen mit ihm tanzte. Jetzt hätten sie den Braten gerochen, sagten die Herren zu dem unruhig wartenden Turmwart, mehr bedürfe es nicht; seine Frau solle das Kind für den folgenden Morgen herrichten.

Als das aufgehende Licht in das Turmstübchen fiel, nahm die Frau das Kind auf den Schoß, zog ihm ein sauberes Kittelchen an und kämmt ihm die Haare, wobei sie zuweilen eine Träne wegwischte, die darauffiel.

Als sie ins Freie traten, schauderte die Kleine zuerst und bedeckte die Augen mit den Händen; aber allmählich, während sie zwischen den Turmwartsleuten sitzend, auf dem Karren durch die Stadt fuhr, gewöhnte sie sich, hielt die dünnen Hände in das Licht und sah zu, wie die frische Luft ihre losen Haare hob. Es waren nicht viele Zuschauer in den Straßen; denn seit mehreren Jahren hatten keine Hexenbrände mehr stattgefunden, und dieser vereinzelte Fall war nicht recht bekanntgeworden. Auch von der Richterschaft waren zur Ersparnis der Tagegelder nur wenige da, und die Holzhütte, in der das Kind verbrannt werden sollte, war klein, weil das Holz teuer war und die Stadt die Kosten tragen mußte.

Beim Anblick der Wiesen, die sich vor dem Tore ausbreiteten, stieß das Kind einen schwachen Freudenruf aus. Voll staunenden Entzückens deutete es mit der Hand auf die gelben Blumen, die wie Strahlenbündel aus der Erde schossen, auf eine Schafherde, die am Rande des freien Platzes hinging, und auf die Holzhütte, an die ein paar Männer Feuer anzulegen beschäftigt waren. „Ist da meine Mutter?" fragte es. Der Turmwart und seine Frau weinten und vermochten nur zu nicken; laut schluchzend sahen sie der kleinen weißen Gestalt nach, wie sie unsicheren Schrittes, zaghaft und feierlich, über das Gras hinging und in der qualmenden Hütte verschwand.

Das Phänomen / Ein wahres Erlebnis von Adolf Uzarski

Man kann vielleicht auch als Erwachsener noch wachsen — körperlich wachsen, meine ich. Jedenfalls ist das nichts Schreckliches. Daß man an Körpergröße abnimmt, wenn man ins Greisenalter kommt, ist ebensowenig schrecklich. Aber im blühenden Alter, in den saftreichsten Jahren die Entdeckung machen müssen, daß man kleiner wird — glauben Sie mir, es ist einer der schrecklichsten Momente, die es geben kann.

Wie ich es merkte? Nun, vor einigen vier Wochen konstatierte ich, daß meine Hosen, vor Jahr und Tag noch ein wenig zu kurz, mir auf die Stiefel hingen. Stoffe laufen ein, das weiß man; aber wer hat je erlebt, daß sie länger geworden sind? Also lag es an mir; durch irgendeine geheimnisvolle Veränderung in meinem Organismus, durch die falsche Ernährung vielleicht oder als Reaktion auf meine übersteigerte Hochachtung vor den politischen Großtaten heutzutage, war ich kürzer geworden. Eine furchtbare Entdeckung. Ich ging zu einem Arzt. Der schüttelte den Kopf, sagte zuerst „Unsinn!" untersuchte mich dann, fand nichts.

„Freilich", sagte er, „die Natur geht manchmal seltsame Wege. Es will natürlich noch nichts heißen, daß der Wissenschaft ein solcher Fall bisher nicht bekannnt geworden ist. Und Sie irren sich bestimmt nicht?"

„Sehen Sie mich und meine Ziehharmonikahose an; sie ist der traurige Beweis!"

„Hm — tja, dann kann ich Ihnen nur dringend raten, regelmäßig, sagen wir mal, für das nächste Vierteljahr vorläufig jede Woche mindestens einmal, besser noch mehrmals, zwecks Kontrolle und Beobachtung zu mir zu kommen."

„Sie glauben, mich davor bewahren zu können, in einem Vierteljahr zur Hauptattraktion eines Liliputanertheaters geworden zu sein?" fragte ich hoffnungsvoll.

„Ich kenne die Vorgänge in Ihrem Organismus, die zu dem Phänomen geführt haben, nicht — noch nicht. Weder ich noch sonst jemand kann Ihnen das deshalb versprechen. Aber Sie müssen Vertrauen haben; Vertrauen zum Arzt ist das beste Heilmittel."

„Herr Doktor, nur um zu konstatieren, daß ich kleiner und kleiner werde", wandte ich ein, „genügen meine Hosen. Vertrauen ist gut und schön; aber ich glaube nicht, daß ich durch Vertrauen allein wieder auf mein altes Maß komme. Außerdem fehlen mir die Mittel, um mich in Dauerbehandlung begeben zu können."

„Hm", machte er. Dann, nachdem er mit gerunzelter Stirn eine Weile gedankenvoll mich angeblickt hatte, klappte er seine Kladde zu und sagte barsch: „Dann gehen Sie hin und kaufen sich ein paar neue Hosenträger! In denen, die Sie tragen, ist der Gummi ausgeleiert!"

Das launenhafte Riesenfernrohr

Enttäuschung auf dem Mount Palomar

Mit Spannung ist die Herstellung des Fünf-Meter-Riesenspiegels für das größte Spiegelteleskop der Welt auf dem Mount Palomar in Kalifornien auf der ganzen Erde verfolgt worden. Der Tatkraft des amerikanischen Astronomen Hale ist dieses Gerät zur Erforschung des Weltalls zu verdanken. Er war es, der im Jahre 1926 diesen Gedanken faßte und 1928 zur Verwirklichung der kühnen Idee schritt. Aber das Riesenwerk verschlang nicht nur Dollarmillionen, es kostete auch Jahrzehnte an Zeit. Hale erlebte die Vollendung selber nicht mehr. Er starb 1938, nachdem seit 1930 jahrelange Versuche zum Guß der riesigen Spiegelscheibe mißlungen waren und erst am 2. Dezember 1934 der Guß befriedigend ausfiel.

Aber der ungeheure, 18 Tonnen schwere Glasblock brauchte, um innere Spannungen zu vermeiden 1¼ Jahre Zeit zur Abkühlung, und erst im März 1936 konnte man den Transport von den Oststaaten nach Pasadena in Kalifornien wagen. Hier begannen sofort die mühseligen und langwierigen Schleif- und Polierarbeiten. Bis zum Kriegsausbruch waren aber erst rund zwei Tonnen Glasmaterial aus dem Rohkörper herausgeschliffen. Erst 1945 konnte der Feinschliff, der das vorausberechnete Spiegelparaboloid schaffen sollte, fortgesetzt werden.

Im Winter 1946/47 schien man vor dem Abschluß zu stehen. Aber die Prüfung ergab an einer Stelle einen Fehlschliff um einen tausendstel Millimeter zuviel, so daß man den ganzen Spiegel noch einmal nachschleifen mußte. Fast ein Jahr später rollte endlich das immer kostbarer gewordene Stück Glas auf dem Mt. Palomar an, wo ihm der eigentliche Spiegelbelag, eine hauchdünne, nur hunderttausendstel von Millimetern starke Aluminiumschicht aufgedampft wurde.

Erst jetzt konnte diese kostspielige Optik eingebaut werden. Die Kuppel des Teleskops hat 41 Meter Durchmesser und ebensolche Höhe. Das Rohr des Spiegels ist ein Stahlrahmen von 18 Metern Länge.

Nun sind die ersten Beobachtungen und Aufnahmen mit diesem Rieseninstrument durchgeführt worden, aber statt Aufsehen erregender Entdeckungen haben sie zu einer großen Enttäuschung geführt. Wie war das möglich? Der Riesenspiegel hat seine Paraboloform nicht in allen Lagen beibehalten, sondern sich durchgebogen, ein Defekt, der inzwischen an den 36 Stützen der Spiegelfassung ausgeglichen werden konnte. Jetzt ergab sich aber ein neuer, größerer Fehler, und zwar am Spiegelrand, dessen Fläche sich um ein zwanzigmillionstel Zoll als zu hoch erwies. Und schließlich hat sich als schlimmstes Uebel herausgestellt, daß der Spiegel die Temperaturschwankungen nicht gleichmäßig mitmacht, sondern sich zonenweise deformiert. Alle diese Fehler bewirken, daß der Spiegel unscharfe, verzerrte Sternbilder liefert, die für Forschungszwecke unbrauchbar sind.

Ein Stab von Technikern und Wissenschaftlern bemüht sich jetzt, die Defekte zu beseitigen. Man sieht jedoch, daß die Grenze erreicht scheint. Riesenteleskope für die Weltraumforschung anzuwenden. Es wird notwendig sein, nach neuen Mitteln für dieses Arbeitsgebiet zu suchen, die geeignet sind, den neuen Anforderungen der Wissenschaft zu genügen.

KARLSRUHE

Leser! Für jede Art Eures Bedarfs findet Ihr in dieser und in den nächsten Ausgaben Eures „VOLKSECHOS" einen Inserenten! Erinnert Euch an diesen bei Euren Einkäufen!

Spielplan bad. Staatstheater

Freitag, 24. Juni:
19.30 Uhr: Platzmiete A und freier Kassenverkauf „Michael Kohlhaas", Schauspiel von Arnold Bronnen.

Samstag, 25. Juni:
19.30 Uhr: Neuinszenierung „Die Försterchristl", Operette von Georg Jarno.

Sonntag, 26. Juni:
11.00 Uhr: Feierstunde des Richard-Wagner-Verbandes deutscher Frauen unter Mitwirkung der Bad. Staatskapelle. Dirigent: Matzerath. Solisten: Baumann, Eichinger, Kachelrieß.
19.30 Uhr: „Aufruhr im Damenstift", Komödie von Axel Breidahl.

Montag, 27. Juni:
19.30 Uhr: „Die Försterchristl", Operette von Georg Jarno.

Dienstag, 28. Juni:
19.30 Uhr: Geschlossene Vorstellung für Kulturbund, Abtl. Volksbüne, 3. Reihe „Aida", Oper von Verdi.

Mittwoch, 29. Juni:
19.30 Uhr: Platzmiete C und freier Kassenverkauf „Michael Kohlhaas", Schauspiel von Arnold Bronnen.
Preise von DM —,90 bis 4,50.

Karlsruher Filmtheater zeigen:

PALI
Der große Erfolg der neuen deutschen Filmprod. verlängert!
„DU BIST NICHT ALLEIN"
mit Carola Höhn, Peter Pasetti, Otto Wernicke, Liesel Karlstadt.
Täglich 13.30, 16.00, 18.30, 21.00; Sa. auch 23.15 Uhr

KURBEL
Vom 24. bis 30. Juni:
„DER LETZTE TRUMPF",
ein Kriminalfilm, in dem Revolverschüsse vom Lachen übertönt werden
13.00, 15.00, 17.00, 19.00, 21.00; Sa. u. So. auch 23.00

Schauburg
Der Kriminalfilm von Format
„BLOCKIERTE SIGNALE"
mit Heidi Kürschner, Heinz Engelmann, Walter Frank, Wolfgang Luckschy
Wo.: 15.30, 18.00, 20.30; So.: 13.45, 16.00, 18.15, 20.30

GLORIA
Bis einschl. Sonntag „Liebesheirat" von und mit Theo Lingen
Ab Montag „Teufelskerle" mit Spencer Tracy und Mickey Rooney
Täglich 13.00, 15.00, 17.00, 19.00 und 21.00 Uhr

Atlantik
Täglich 13.00, 15.00, 17.00, 19.00, 21.00 Uhr:
Hans Moser, Paul Hörbiger, Elfie Mayerhofer
„WIR BITTEN ZUM TANZ"

Rheingold
Freitag bis Montag Menschen in Gottes Hand mit Paul Dahlke, Marie Therese Angerpointner, Gerdi Soldau
Dienstag bis Donnerstag der dramatische Tatsachenfilm „NOTLANDUNG"

SKALA
Der große Lustspiel-Erfolg
Hans Moser in:
„DER MILLIONÄR"
mit Gabriele Reismüller, Hans Holt, Oskar Sima
Wo.: 15.15, 17.45, 20.30; So.: 13.45, 16.00, 18.15, 20.30

Konditorei u. Kaffee KARL WILSSER KARLSRUHE i. B. WILHELMSTR. 19 TEL. 4038
Das Tagescafé der Südstadt

Das Motorradhaus für Jedermann
KURT NITSCHKY
NSU, Horex, Buecker, Tornax, Viktoria, Ardie, Herkules, Jmme Fichtel & Sachs Kundendienst
Generalvertretg. der Rex-Motorenwerke München
Sämtliche Reparaturen werden durch Fachkräfte in unserer Spezialwerkstatt schnellstens behoben.
Kaiserallee 143 Telefon 3484

HUTmoden BÖHM
Jetzt: DURLACH, Bienleinstorstr. 2
(neben der Friedrichschule)
Herren- und Damen-Hüte
Fachmännische Änderungen in eigener Werkstätte.

WÄSCHEREI WAGNER
KILOWÄSCHE
gemangt und bügelrecht 75 Pfg. pro Kilo wird abgeholt und zugestellt.
Adlerstraße 9, Telefon 2030

„Miele"
Elektr. Waschmaschinen für jeden Haushalt DM 450,—
Gemeinde- und Mietwaschküchen-Einrichtungen
Milchzentrifugen . . ab DM 152,—
Futterdämpfer . . . ab DM 130,—
Buttermaschinen . . ab DM 33,—
wieder lieferbar. Kostenl. Beratung durch Elektrofachgeschäft
A. MAIER, Karlsruhe, Tannhäuserstraße 6, Telephon 690

FARBEN UND LACKE
Wasch- und Putzartikel
Anstreichbedarf jeder Art
SUDSTADT-FARBENHAUS
OTTO RATZEL
Werderplatz 45 (am Brunnen) Telefon 6030

Formvollendung
ohne Zwang — ungeahntes Wohlgefühl verbürgt Thalysia-Formenpflege, für jedes Alter, jeden Zustand der Figur. Fachberatung unverbindlich. Druckschrift kostenlos.
THALYSIA
Alleinvertretung:
Reformhaus Alpina, Karlsruhe
Adlerstr. 36, Haltestelle Kriegstr.

Mode Tillmanns
Damen- und Herren-Ausstattung,
erstklassige Maßschneiderei
KARLSRUHE
Kaiserstraße 106
ab 1. Juli Kaiserstraße 132

Ölfarben in allen Tönen
Fußbodenlacke
Bodenwachs u. Beizen
Stahlspäne
Pinsel — Bürsten
wieder in Friedensqualität
Fach-Drogerie
Conrad Gebhard
Augartenstraße 24, Tel. 4608

MATRATZEN UND POLSTERMÖBEL
preiswert nur beim Fachmann
A. KAISER Amalienstraße 47

Bis DM 50.- tägl. Barverdienst
allerorts, auch im kleinst. Dorf, durch leichtes Verkaufen und Kassieren v. Haus zu Haus v. hundertproz. Haushaltschlager. Muster gegen Voreinsendung von 1,50 DM
Merklinger, Postfach Karlsruhe-Mühlburg

Möbel Karrer
Karlsruhe, Philippstr. 19

GASTSTÄTTE
Kühler Krug
KARLSRUHE
Jedermann gut bekannt - für Speis und Trank
Räumlichkeiten für festliche Veranstaltungen sowie Festsaal
Inhaber: KARL RÖDER
Telefon 5220

Anzeigen-Annahme in Karlsruhe
auch die billigen Kleinanzeigen
(Kauf - Verkauf - Tausch - Stellengesuche und -Angebote)
für das
BADISCHES VOLKSECHO
Eugen Burkhardt, Schumannstraße 10, Tel. 2666

Es ist nicht so leicht beizukommen

Kakaopulver kann man nicht jeden Tag kaufen, es sei denn für teures Geld auf dem schwarzen Markt. Aber vor einiger Zeit gab es dieses begehrte Nahrungs- und Genußmittel auch einmal offiziell in einem Mannheimer Ladengeschäft. 35 Pfennige kostete ein Päckchen, ausreichend für etwa zwei bis drei Tassen. Da kann man sich das Vergnügen auch mal leisten, dachte ein Arbeiter, zückte den Geldbeutel und verlangte das Kakaopulver. Wer beschreibt seine Enttäuschung, drei Glasröhrchen mit Tee wurde ihm als Beigabe angeboten, alles für etwa eine Mark und das war unserem Arbeiter für das bißchen Pulver denn doch zu viel. Er protestierte, es kam zu einem kleinen Auflauf, der Leiter der Lebensmittelabteilung des Geschäftes beschwichtigte und der erboste Arbeiter verließ ohne Kakao das Geschäft, begab sich zum „Amt für öffentliche Ordnung" und erstattete Anzeige.

Die Antwort des Amtes auf die Anzeige liegt vor uns. Die Geschäftsleitung habe nichts gewußt. Auch die Verkäuferin kann sich an derartige Geschäfte nicht erinnern. Wörtlich heißt es weiter: „Es wurde lediglich festgestellt, daß dem Käufer beim Kauf von Kakao andere Waren angeboten wurden". Und die Schlußfolgerung: der Tatbestand der Warenkoppelung sei nicht gegeben, weil vom Kauf einer Ware die Mitnahme einer anderen Ware nicht abhängig gemacht worden ist. Die Sache sei somit als erledigt anzusehen.

Moral von der Geschichte? Es gibt geschäftliche Schliche, bei denen mit Entrüstung, wenn sie noch so ehrlich ist und auch das „Amt für öffentliche Ordnung" in Bewegung setzt, nichts auszurichten ist.

Klage gegen Querengässer erfolgreich

Ein bedeutsames Urteil für das Personal im Bewachungsgewerbe wurde vom Mannheimer Arbeitsgericht in einem Prozeß gegen die Firma Querengässer ausgesprochen. Die Unternehmer dieses Gewerbes stehen auf dem eigenartigen Standpunkt, daß sie Sonn- und Feiertagszuschläge nicht bezahlen brauchen. „Das Bewachungsgewerbe ist der Polizei und ähnlichen Einrichtungen gleichzustellen", so argumentierte der Vertreter des Unternehmerverbandes vor dem Arbeitsgericht, „und dort ist es auch nicht üblich, Sonn- und Feiertage extra zu bezahlen." Daß das Personal der Wach- und Schließgesellschaften aber zu den allerschlechtest entlohnten Arbeiterschichten überhaupt gehört, das vergaß der Unternehmervertreter natürlich bei seiner Argumentation, und daß die Wachmänner dieser Gesellschaften im Gegensatz zu den Polizeibeamten niemals einen Anspruch auf Pensionen, Ruhegehalt usw. haben, das mußte ihm der Arbeitsrichter sagen.

Die Wach- und Schließgesellschaft Querengässer wurde verurteilt, den eingeklagten Betrag zu bezahlen. kg.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S 3, 10. Tel. 432 60. — Vertrieb- und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. — Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4—6. — Auflage: 28 700.

Das Ziel der Unternehmer

„Der Lohn spielt ja gar keine Rolle"

(V. St.) Letzte Woche sprach in Stuttgart der bekannte Arbeitswissenschaftler und Rationalisator Dr. Kurt Pentzlin über „Moderne Arbeitsgestaltung — Kann man Rationalisieren lernen und lehren?"

Der Vortragende führte an Hand prägnanter Beispiele die Lehrmethode des Rationalisierens vor. Er unterteilt sie in 4 Abschnitte:

1. Entstörung der Arbeit oder: Das Entdecken von Verlustquellen;
2. Die Bewegungsökonomie des Menschen oder: Der haushälterische Kräfteeinsatz des Menschen;
3. Arbeitsorganisationslehre oder: die Lehre vom Spezialisieren und Drillen;
4. Die Methodenentwicklung oder: Erfinderisches Denken für die Entwicklung neuer Verfahren.

Unter den zahlreichen Beispielen verdient eines erwähnt zu werden, dessen Moral darauf hinausläuft, dem Arbeiter das Bewußtsein zu verschaffen, daß man sich um ihn kümmere, und schon leistet er mehr. Bei Versuchen amerikanischer Professoren habe sich erwiesen, daß eine Leistungssteigerung, die zunächst durch verbesserte Arbeitsbedingungen erzielt worden war, auch dann angehalten habe, als die Verbesserungen wieder entfernt und der alte Zutand wiederhergestellt worden war. Die Leistung sei hoch geblieben, weil die Arbeiter dankbar gewesen seien, daß man sich um sie gekümmert habe.

Ein anderes Beispiel war das einer Frau, die auf einer Ausstellung ob ihrer Fertigkeit im Aufkleben von Etiketten auf Streichholzschachteln gezeigt und bestaunt wurde. Durch eine einfache Umstellung an ihrem Arbeitsplatz und Veränderung der Handgriffe regte sie ein amerikanischer Professor zu einer Verdoppelung ihrer Arbeitsleistung an. Statt vorher in 40 Sekunden klebte sie nachdem in 20 Sekunden 100 Etiketten.

Die an den Vortrag anschließende Erörterung knüpfte gerade an dieses Beispiel an. Es wurde gefragt, wie man diese Arbeiterin nunmehr bezahlen sollte. Die Antwort auf diese Frage mag vielleicht den Rationalisatoren von Berufs wegen gleichgültig sein, und die Unternehmer dürften sie vollends als nebensächlich betrachten, nicht so aber der Arbeiter. Dr. Pentzlin sagte dazu, man müsse den Lohn gedanklich von der Rationalisierung trennen und eben dafür sorgen, daß „gut verdient" werde. Der Lohn spiele gar keine Rolle und die Anstrengungen seien ja auch leichter geworden dabei. Wenn es sich auch nur um einen anderen Bewegungsablauf handele, so sei das doch eine technische Aenderung (vielleicht, daß die Etikettenkleberin statt bisher in der linken den Pinsel nunmehr in der rechten Hand halte). Die Hauptsache sei, sie mache doppelt so viel. Lohnpolitisch dürfe man sich keine Hemmungen auferlegen.

Der Nominallohn sei unwichtig, aber die Rationalisierung bringe eine Preissenkung, die auch den Arbeitern zugute komme. Eine Angleichung der Einkommenspyramide (mit anderen Worten: Senkung des Profits der Unternehmer. D. R.) würde den unteren Schichten nichts nützen. Als verlockende Aussicht gab der Redner zum Besten, die Rationalisierung komme dem allen innewohnenden Hang zur Faulheit entgegen, und erinnerte an den Jungen, von dem Adam Smith erzählte, er habe eine Möglichkeit gefunden, die von ihm ausgeübten Handgriffe an einer Maschine diese selbst tun zu lassen und sei dann spielen gegangen.

Dieser Erläuterung haben wir nichts hinzuzufügen. Die Arbeiter aber werden schließlich auch noch ein Wörtchen dabei mitsprechen wollen und es nicht den Unternehmern überlassen, ob diese sie in Form von Preissenkungen an der Leistungssteigerung wollen teilhaben lassen. Gerade die Gegenwart ist ja reich an Beispielen von Leistungssteigerungen auf allen Gebieten, die sich jedoch ausschließlich die Unternehmer zunutze gemacht haben. Und „Spielen" — das könnten heute in Westdeutschland über 1,2 Millionen Arbeitslose, wenn es ihnen danach zumute wäre. Dr. Pentzlin berichtete von einem Vortrag, den er vor dem SPD-Parteivorstand in Hannover gehalten habe, wo man mit seinen Ansichten übereingestimmt habe. Bedauerlicherweise vermißt man bis heute auch von den Gewerkschaften eine gebührende Würdigung dieser Bestrebungen, die zweifellos wirklich eine Erleichterung und eine Verbesserung des Lebens der Arbeiterschaft bewirken könnten. Das wäre aber nur möglich in Uebereinstimmung mit der Arbeiterschaft, die die Sicherheit haben müßte, daß ihre Mehrleistung auch ihr selbst zugute kommt. rr

Prof. Ehrhards Propaganda für Mieterhöhung

CDU-Mietsteuer im Hintergrund

Stuttgart. (Vst.) Der Landesverband der württembergisch-badischen Mietervereine wandte sich gegen die Erklärung des Frankfurter Wirtschaftsdirektors, Prof. Erhard, worin behauptet worden war, nach statistischen Erhebungen würden beispielsweise in einem Arbeiterhaushalt nur sieben Prozent Erklärung Professor Erhards, wenn sie nicht des Einkommens für Miete gebucht werden. Der Landesverband stellt fest, daß diese nur auf einen bestimmten Arbeiterhaushalt bezogen ist, sondern Allgemeingültigkeit haben soll, nicht den Tatsachen entspricht. In einem großstädtischen Arbeiterhaushalt betrage das durchschnittliche Mietsaufkommen in der Regel zwischen 15 und 30 Prozent. Weiter heißt es: Eine Mietzinserhöhung ist deshalb auch nicht zu verantworten, so lange nicht das Lohn- und Gehaltsniveau der breiten Schichten der Bevölkerung den erheblich angestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt wird; eine Mietzinserhöhung würde ohne diese Voraussetzung für einen erheblichen Teil des Volkes eine weitere Einschränkung der ohnedies bescheidenen Lebenshaltung bedeuten.

Bekanntlich setzen sich Kreise der CDU sehr warm für eine Mietssteuer ein. Maßnahmen zur Belebung der Bauwirtschaft nennt man das, nachdem ihr wackerer Professor Erhard zunächst mit der Entfesselung der „freien Wirtschaft" den Wohnungsbau weitgelend lahmgelegt hat.

Ging es mit rechten Dingen zu?

Sulzfeld. (ZZ) Unter den Sängerkreisen Sulzfelds herrscht Erbitterung. Sie wurde ausgelöst durch das Urteil, das bei dem Wertungssingen in Diedelsheim über den Sulzfelder Sängerbund gefällt worden ist. Der Verein hat die Note „befriedigend bis ausreichend" und damit die schlechteste Bewertung erhalten. Das Urteil hat wie ein Faustschlag gewirkt, denn die Leistungen des Sulzfelder Sängerbundes sind bekannt und für sie zeugen eine stattliche Zahl goldener und silberner Pokale und erste Preise, die er in früherer Zeit erringen konnte. Man ist, auf deutsch gesagt, in Sulzfeld der Meinung, daß es bei dem Urteil nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Es wird ziemlich allgemein die Vermutung geäußert, daß man dem Dirigenten Juskajeff des Sulzfelder Sängerbundes nicht gewogen ist. Wollte man diesem dabei eines auswischen? Wenn es so ist, dann ist dies im höchsten Grad bedauerlich, denn Juskajeff ist ein Mann von Können, das er in langjähriger Tätigkeit als Leiter des Don-Kosaken-Chors unter Beweis gestellt hat. Ueber die Erfolge des Don-Kosaken-Chors unter seiner Leitung braucht man kein Wort zu verlieren.

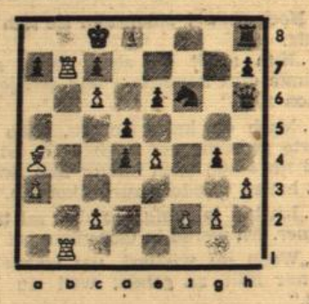
Glaubt man, daß ein Dirigent russischer Abstammung eine Gefahr für „deutsche Kultur" darstellt? Befürchtet man, er würde „Russenkultur" verbreiten? Mit Recht stellt man in Sulzbach und auch anderwärts die Frage, ob denn nicht die Zeiten der Kulturdiktatoren unter Hitler vorbei sind. Jedenfalls, in Sulzbach überlegt man sorgfältig, welche Konsequenzen aus diesem Vorfall zu ziehen sein werden.

Zeitungswerbung in Frankreich

In Frankreich vertreiben Leserkomitees der „L'Humanité (Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs) tausende von Zeitungen auf den Straßen, Plätzen und Wohnvierteln der französischen Städte. Auf diese Art werden durch die Mithilfe der Leser jeden Sonntag 250 000 bis 300 000 Exemplare des Zentralorgan zusätzlich ohne Unkosten für einen Betriebsapparat verkauft und neue Interessenten und Leser gewonnen. Ein nachahmenswertes Beispiel.

Schach

Schwarz gibt auf



Der Kiebitz hat das Wort!

In einer Partie um die badische Meisterschaft, die mit einem Schönheitspreis ausgezeichnet wurde, kam es im 20. Zug zu der Stellung im Diagramm. Der letzte Zug war 20) Tf—b1. Schachblindheit der Spieler und Preisrichter! Zwar kann sofortiges S—d7 das Matt nicht verhindern, (c/d7+, T/d7, T—b8) aber Schwarz hat ja schließlich glatt die Dame mehr, also 20) . . . D—c1+, 21) T/Dc1, Sd7, 22) Tc—b1, S—b6 und der weiße Traum vom Mattsetzen ist ausgeträumt! Was meinen unsere Kiebitze dazu? (Aus „Südwestschach" 1948.)

Unzicker Sieger im Schachturnier

Das 1. Internationale Schachturnier in Heidelberg wurde mit der neunten Runde am Montag beendet. In dieser letzten Runde wahrte der junge Münchener durch ein Remis seinen Vorsprung vor dem französischen Meister Rossolimo und wurde dadurch ungeschlagener Turniersieger. Zwei große Ueberraschungen ergaben die Partien, in denen die beiden letzten, Wood und Wotkowsky gegen Wade und L. Schmid gewannen. Damit nahmen sie ihren Gegnern die Möglichkeit, auf den dritten Platz zu kommen.

Das Endergebnis: 1. Unzicker (München) 7; 2. Rossolimo (Frankreich) 6; 3.—5. Kieninger (Bochum), P. Schmidt (Heidelberg), O'Kelly de Galway (Belgien) 5; 6.—8. Niephaus (Mannheim), L. Schmid (Bamberg), Wade (Neuseeland) 4; 9.—10. Wood (England), Wolkowsky (Polen) 2½ Punkte.

Schachnachrichten

Mhm. Schachklub 1910 hat sein Spiellokal nach der Käfertaler Straße 33, Restauration „Tivoli", verlegt. Die Spielabende sind Dienstag und Freitag. Gäste und Interessenten sind stets willkommen.

Er kennt sein Land nicht

Die innerdeutsche Geographie hat durch die seit 1945 eingetretene Zonenaufteilung eine spürbare Erschwerung erlitten, so daß jetzt selbst Minister mit der zonalen Geographie auf Kriegsfuß stehen.

Der Ernährungsminister von Rheinland-Pfalz lehnte eine Beschwerde von Rheinbreitbacher Bürgern mit dem Bemerken ab, Rheinbreitbach gehöre zur englischen Zone. Der Bürgermeister dieser dadurch fast zonenlos gewordenen Gemeinde versucht nun seit dem 1. Dezember 1948 vergeblich das Ernährungsministerium davon zu überzeugen, daß Rheinbreitbach ein nicht wegzudenkender Bestandteil der französischen Zone ist. Bis heute soll er jedoch noch keine Antwort erhalten haben.

Man kann annehmen, daß es dem Minister schwer fällt, einzugestehen, in der Frage der zonalen Zugehörigkeit von Rheinbreitbach geirrt zu haben. Dies würde jedenfalls sein Schweigen erklären.

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 25. Juni bis 4. Juli 1949

Samstag, 25. Juni, Platzsicherung Abt. F Nr. 15: **Die Bohème**, Oper von G. Puccini. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Sonntag, 26. Juni, nachmittags, freier Verkauf: **Im weißen Rößl**, Operette von Ralph Benatzky. Anfang 15 Uhr, Ende etwa 18 Uhr.

Sonntag, 26. Juni, abends, freier Verkauf: **Im weißen Rößl**, Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 27. Juni, vormittags, **für Entlaßschüler der Volksschulen**, ohne Kartenverkauf: **Die Zauberflöte**, Oper von W. A. Mozart. Anfang 10 Uhr, Ende etwa 13 Uhr.

Montag, 27. Juni, abends, Platzsicherung Abt. H Nr. 15: **Im weißen Rößl**, Operette von Ralph Benatzky. Anf. 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Dienstag, 28. Juni, Platzsicherung Abt. L Nr. 15: **Die Bohème**, Oper von G. Puccini. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Mittwoch, 29. Juni, Platzsicherung Abt. C Nr. 15: **Im weißen Rößl**, Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Donnerstag, 30. Juni, Platzsicherung Abt. N Nr. 15. **Zum letzten Male: Der Hauptmann von Köpenick**, ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Freitag, 1. Juli, vormittags, **für Schüler höherer Lehranstalten:** ohne Kartenverkauf: **Faust.** Der Tragödie I. Teil von Joh. Wolfg. v. Goethe. Anfang 10 Uhr, Ende etwa 13.45 Uhr.

Freitag, 1. Juli, abends, Platzsicherung Abt. O Nr. 15: **Carmen**, Oper von Georges Bizet. Anfang 19 Uhr, Ende gegen 22.15 Uhr.

Samstag, 2. Juli, freier Verkauf: **Im weißen Rößl**, Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Sonntag, 3. Juli, nachmittags, freier Verkauf: **Die Bohème**, Oper von G. Puccini. Anfang 15 Uhr, Ende etwa 17.30 Uhr.

Sonntag, 3. Juli, abends, freier Verkauf: **Im weißen Rößl**, Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 4. Juli, Platzsicherung Abtl. E Nr. 15: **Im weißen Rößl**, Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Nervöse Herzbeschwerden

treten in der warmen Jahreszeit erfahrungsgemäß häufiger auf. In solchen Fällen erweist sich — wie zahlreiche Dankschreiben und klinische Gutachten belegen — **der echte Klosterfrau-Melissengeist** als meist rasch spürbare Hilfe. Erhältl. i. Apoth. u. Drog. Klosterfrau, Melissengeist-, Schnupfpulver- u. Puderfabrik, Köln am Rhein.

WEINHEIM

Leser kauft bei unseren Inserenten!

Der Weg zu Jacob ein Weg der lohnt

TEXTILHAUS Jacob WEINHEIM

Billige Gelegenheiten!
Beachten Sie unsere Schaufenster
Gebr. Twele
Tapeten - Teppiche - Gardinen
Weinheim, Hauptstraße 77

Anzeigen-Annahme für das BADISCHE VOLKSECHO
B. Ohlmer
Weinheim · Hauptstr. 88

Film-PROGRAMM DER WOCHE (FREITAG - DONNERSTAG)

ALSTER LICHTSPIELE O 3.6 TEL 44647
Kinder des Olymp
Ein Film aus der Welt des Theaters
Täglich: 14.30, 17.30, 20.30 Uhr

Capitol AM MESSPLATZ Tel. 51186
Tino Rossi, der gefeierte Tenor in
Im Fieber der Liebe
Ein Film entfesselter Leidenschaften
Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 u. 21.00 Uhr

PALAST BREITESTRASSE J1.6
Der große Filmerfolg
Spencer Tracy, Ingrid Bergmann in
„ARZT UND DÄMON"
In deutscher Sprache
Beginn 10.25, 12.30, 15.00, 17.30, 20.00, So. ab 13.00. Freitag bis Sonntag auch 22.20 Uhr. Telefon 44635

Größere Räume - größere Leistungen!
Wir sind umgezogen
in die Universum-Straße 06,9 (frühere Teestube) neben Pschorrbräu am Universum
Born DIPL. OPTIKER
Tel. 42778

Achtung!
Rundfunktechnische Spezialwerkstätte
nimmt jedes deutsche sowie ausländische Gerät zwecks Reparatur an.
Auch Umbauten sowie Verkauf jedes Industriegerätes zu billigsten Preisen
Funktechniker
Oskar Billeb
Heidelberg, Lauerstr. 12

Einrichtungen auf Teilzahlung

	Anz. ab	mtl.
Schlafzimmer, mod.	230,—	40,—
Wohnzimmer	250,—	40,—
Küchen	120,—	35,—
Couches	80,—	25,—
Doppelschlafcouch	95,—	25,—
Herde, weiß	85,—	20,—
Waschmaschinen	70,—	20,—
Badeeinrichtungen	120,—	40,—
Fahrräder	80,—	20,—
Nähmaschinen	180,—	45,—

(sofortige Lieferung)
durch Wohnungsvermittl. Schäfer, Mannheim, U 4, 14, gegründ. 1932.

Kleiderschränke
2 türig DM 118.- abgesperrt
HCH. BAUMANN & Co.
Q 5, 4 Mannheim Q 5, 4

FÄRBEREI Grün Chem. Reinigung
Hauptstr. 5 - Hauptstr. 162
Plöck 33 - Ruf 2409

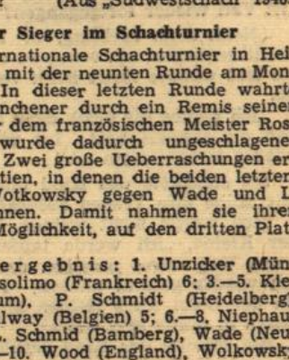
Fahrradhaus Schreiber führt nur Markenräder
großes Lager an Gummi und Ersatzteilen
Neckarau, Maxstraße 43 - Tel.: 48432

Schlagende Beweise
unserer Leistungsfähigkeit
durch Eigenfabrikation!
Damentaschen
Kalbsleder u. Boxcalf
10 Modelle zur Auswahl, in allen Farben
13,50 19,50, 24,50, 29,50, 34,50
OFFENBACHER LEDERWAREN
WILH. FR. BAUER
an den Planken O 6, 6

Trachten-Leder-Hosen
in all. Größ. sehr günstig von DM 24.80 bis 59.-
Beachten Sie meine Schaufenster
Pister Lederhandlung Mittelstr. 51
Fernsprecher Nr. 518 16
Dieses Inserat wird mit DM 1.- in Zahlung genommen.

HOTEL RHEINBRÜCKEN
Jeden Samstag
Unterhaltungs-Musik und Tanz
Jeden Sonntag
Unterhaltungs-Musik

Nun wieder HEKA Hartglanzwachs die altbewährte gute Terpentinwachs
½ Kg-DOSE ca. 1.50 ½ Kg-DOSE ca. 2.95



Eleganter Linksstrumpf
hauchdünn I. Wahl 4.95
Beachten Sie bitte unsere Schaufenster
KÖSTER
am Paradeplatz

Berthold Rösch
Färberei und Chem. Reinigung
MANNHEIM - SECKENHEIM
Tel. 472 95